ALHAMBRA

ZEITUNG UND PROGRAMM

SEPTEMBER/OKTOBER 2013

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
15. Oktober 2013

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

antirassismus
Laut gegen Rassismus! 7

antifaschismus
AfD: Gar nicht mal so alternativ, aber ganz schön Deutschland 9

recht auf stadt
Unterstützung für Haus Friedensbruch 12

schwerpunkt: ungarn
Einleitung 14
Flucht in die Nestwärme 16
Alter Hass und neue Hetze 19

internationalismus
Proteste in Brasilien: Es ging nie nur um 20 centavos 25
Tunesien: Warum auf Wahlen setzen? 29

feminismus
Tunesien: Frauen kämpfen für den Erhalt feministischer Errungenschaften 33

homo- und trans*phobie
Ehe und Familie – Der Kitt der französischen Nation 35

Editorial

Mit unserem diesmaligen Schwerpunkt wollen wir versuchen, einen kleinen Einblick/Überblick über die politische und soziale Situation in Ungarn zu geben. Die erstinstanzliche Verurteilung vierer rechtsradikaler Mörder Anfang August hat das Thema in Deutschland erst wieder ins Rampenlicht gebracht. Innerhalb eines Jahres hatten die zu dreimal Lebenslänglich und einmal 13 Jahren verurteilten Rechtsradikalen sechs Roma ermordet. Trotz einer (unerwarteten) Verurteilung der Mörder ist diese Mordserie, die auch nur einen kleinen Teil von Gewalt und Diskriminierung gegen Roma ausmacht, Ausdruck eines bestimmten gesellschaftlichen Klimas. Nichtsdestotrotz hat der Fall der sechs ermordeten Roma uns auf erschreckende Art und Weise deutlich gemacht, wie notwendig eine Auseinandersetzung mit der politischen Situation in Ungarn ist. Nicht erst seit gestern blüht dort eine politische und soziale Kultur des völkischen Nationalismus. Mit dieser Kultur einhergeht ein gesellschaftlich tief verankerter Rassismus gegen Roma, Antisemitismus und Homophobie. Aber lest mehr dazu in unserer Einleitung und zwei weiteren Texten auf den Seiten 14 bis 24.

„Willkommen in Oldenburg“ ist die erste Botschaft, die ins Blickfeld ragt, wenn die Homepage der Stadt besucht wird. Neben ein paar idyllischen Hafenfotos und einer Nachtansicht vom Staatstheater präsentiert sich Oldenburg mit einer angekündigten „Bürgersprechstunde des Oberbürgermeisters“ offen und kritikfähig. Doch dieses schöne Bild zerfließt, wenn der Blick vom Staatstheater zum Haus Friedensbruch und von den Baustellen des Quartiers „Alter Stadthafen“ zur Wagenburg herüber wandert. Die permanente Bedrohung beider Projekte ist noch immer akut. Sie gerät aber für nicht direkt Betroffene angesichts ihrer Allgegenwärtigkeit schnell in den Hintergrund und wird scheinbar zur Normalität.

Bei der Wagenburg zeigt sich jedoch momentan, dass das Thema gerade jetzt aktuell bleiben muss: Die lange genutzte Hafenbar wird derzeit abgerissen. Die Stadt weigert sich an der Güteverhandlung zur Räumungsklage teilzunehmen und signalisiert, dass sie nicht an einer einvernehmlichen Lösung interessiert ist, sondern bestimmen will, unter welchen Bedingungen wer in Oldenburg willkommen ist.

Obwohl auch das Mitte 2011 besetzte Haus Friedensbruch seit einiger Zeit akut räumungsbedroht ist, haben wir uns in den letzten Ausgaben nicht sehr ausführlich dazu verhalten. Das soll sich mit dieser Ausgabe wieder ändern und deswegen findet ihr auf den Seiten 12 bis 13 den relativ neu erschienenen Unterstützer_innenbrief für das Haus Friedensbruch. Neben nochmals zusammengefassten Informationen, warum das Haus Friedensbruch ganz großartig ist, findet sich auf der Homepage ufhf.eu auch die Möglichkeit, den Brief zu unterschreiben.

Zu den ohnehin schon bedrohten Projekten kommt auch noch der Punk-A-Platz. Wie bereits berichtet, wird er wohl früher oder später auch geräumt werden. Da stellt sich doch die Frage, wem das „Willkommen in Oldenburg“ auf der stadteigenen Homepage eigentlich gelten soll.

Ende Juni brachte eine ARD-Dokumentation die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse in der Fleischindustrie wieder auf die Tagesordnung. Dass die Arbeitsbedingungen in den Schlacht- und Zerlegebetrieben besonders für Leiharbeiter_innen, die häufig aus Osteuropa angeworben werden, beschissen sind, ist allerdings nichts Neues. Bisher haben sich allerdings die Landkreise mit Kontrollen eher zurückgehalten, sich oft im Vorfeld angekündigt und so unter anderem Stundenlöhne von häufig nur 3,- bis 4,- Euro und die Unterbringung in teils schimmeligen und überfüllten Unterkünften mitgetragen. Jetzt empören sich die Landkreise und fordern die Zustände zu ändern – obwohl es seit Jahren in ihrer Verantwortung liegt. Die Fleischindustrie stellt sich stur und lässt die Landesregierung bei einem eiligst einberufenen Runden Tisch auflaufen – warum sollte sie auch ein für sie seit Jahren profitables System ändern wollen?

Dass nicht nur die Fleischindustrie von der Ausbeutung von Leiharbeiter_innen und Menschen mit Werkverträgen (Vertrag über Umfang, nicht Zeitraum, der zu leistenden Arbeit) profitiert, hat sich auf schreckliche Weise in Papenburg gezeigt. Dort verbrannten Mitte Juli zwei Leiharbeiter der Meyer-Werft, als in einer überfüllten Unterkunft ein Feuer ausbrach. Werft und Gewerkschaft wollen nun gemeinsam die Arbeitsbedingungen untersuchen – die sie längst kennen könnten, wenn es sie interessiert hätte. Glücklicherweise scheint es jedoch auch Menschen zu geben, denen nicht an Wahlkampfauftritten oder publicity-heischendem Aktionismus gelegen ist, sondern die tatsächlich mit den Betroffenen für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen kämpfen wollen. Die Betroffenen und ihre Unterstützer_innen gilt es zu unterstützen – wir hoffen auf vielfältige Berichte und Artikel für die nächste(n) Ausgabe(n).

Wo wir gerade von publicity reden, der Bundestagswahlkampf läuft mal wieder auf vollen Touren und auch Oldenburg ist nicht davor gefeit. Zugegeben, das war nicht anders zu erwarten, nervt aber trotzdem. Noch viel nerviger ist jedoch, dass der Wahlkampf auch dazu führt, dass die NPD (zumindest in Oldenburg) wieder aus ihren Löcher kriecht, um ihre menschenverachtende Propaganda unter die Leute zu bringen. So auch am Mittwoch den 14. August, als die NPD mit ihrem „Flaggschiff“ (einem LKW mit NPD-Werbung) in Oldenburg eintrudelte. Bei einem stolzen Zahlenverhältnis von 14:60:200, wobei von den 14 Nazis lediglich drei aus Oldenburg kamen (Ulrich Eigenfeld, Eckhard Aden und Phillip Krull), zeigte sich zum einen, dass – obwohl es werktags vormittags war und es nur rund einen Tag Mobilisierungszeit gab – Nazis in Oldenburg nicht sonderlich angesagt sind. Zum anderen zeigt sich aber auch, dass Nazis sich jederzeit auf die Polizei verlassen können. Dies wurde uns an dem Tag auf ätzende Weise demonstriert. Mehrere Verletzte durch Pfefferspray und Faustschläge, zwei vorläufige Festnahmen und drei laufende Ermittlungen sind das Ergebnis der politischen Positionierung der Polizei. Da es bis zu den Wahlen am 22. September noch ein bisschen hin ist, kann es gut sein, dass die Nazis es sich nicht nehmen lassen, ein zweites Mal in Oldenburg aufzulaufen. Haltet also Augen und Ohren offen (checkt regelmäßig: regentied.blogsport.de) und macht euch bereit, den Nazis zu zeigen, was ihr von ihnen haltet. Es bleibt dabei: Kein Vergessen, kein Vergeben!

Ganz unverhofft – aber keineswegs unverdient – stellte sich heraus, dass dieses Jahr wohl kein Konzert des Heeresmusikkorps in Oldenburg stattfinden wird! Nachdem die Truppe in den letzten beiden Jahren mit stinkenden Flüssigkeiten, gezieltem Stecker-Ziehen und lauten Tröten und Alarmanlagen bedacht wurde, wurde es ihnen dieses Jahr offensichtlich zu nervig.

Dies sollten wir zum Anlass nehmen, das Sommerloch so langsam wieder zu verlassen – es gibt genug zu tun...

Auf dass der Regen warm bleibt!

Eure Alhambra-Redaktion

Flughafenblockade erfolgreich

Berlin Am 29. Juli rief das Netzwerk „Stopp Deportation“ zu Protesten gegen eine Abschiebung am Berliner Flughafen Tegel auf.

Auf einer Zufahrtsstraße zum Flughafen gab es eine Blockade, die sich dann in eine Demo umwandelte. Die Demo wurde schon nach kurzer Zeit von den Bullen gekesselt und die Personalien der Demoteilnehmer_innen wurden aufgenommen. Dies dauerte einige Stunden, was die Blockade der Zufahrtsstraße perfekt machte.

Eine weitere Demo, inklusive Sambaband, fand am Haupteingang des Flughafens statt.

Innerhalb des Flughafens wurden Infoblätter an Passagiere verteilt. Mit den Infoblättern wurde auf die rassistischen Abschiebepraxen aufmerksam gemacht, außerdem enthielten sie Hinweise wie Passagiere gegen die Abschiebung vorgehen können. Viele Reisende versicherten, im Falle der Abschiebung aktiv werden zu wollen.

Die Proteste waren erfolgreich und die Abschiebung fand nicht statt.

Auch wenn die Abschiebung nicht an diesem Tag stattgefunden hat, können wir nicht davon ausgehen, dass sie ganz verhindert wurde. Viel zu oft finden Abschiebungen still und heimlich statt. Es gilt also immer und immer wieder laut gegen Abschiebungen zu werden. Niemand ist illegal!

Nazis erfolgreich blockiert

Bad Nenndorf Durch die massenhafte Beteiligung an einer Sitzblockade, einer Betonpyramide, einer Beton-Biotonne im Gleisbett und anderen vielfältigen Aktionen ist es Antifaschist_innen in Bad Nenndorf gelungen, den alljährlichen Naziaufmarsch zu stoppen. Trotz der kurzen Route erreichte der – über die Jahre auf rund 250 Nazis zusammengeschrumpfte – Haufen sein Ziel, das Wincklerbad, nicht.

Jedes Jahr aufs Neue versuchen „Freie Kameradschaften“ unterstützt von der NPD mit einem „Trauermarsch“ einen verdrehten Opfermythos um das ehemalige Gefängnis des britischen Geheimdienstes im Wincklerbad zu inszenieren.

Obwohl die Polizei massive Gewalt einsetzte, um eine Massenblockade zu räumen, beteiligten sich bis zu 600 Antifaschist_innen daran und zwangen die Nazis zur Umkehr. Vorher war es bereits zu einer S-Bahn-Blockade mit einer mit Beton gefüllten Bio-Tonne gekommen und somit die Anreise der Nazis gestört worden.

Bundeswehrfahrzeuge gehen in Flammen auf

Sachsen-Anhalt 16 sogenannte Spezialfahrzeuge der Bundeswehr gingen in der Nacht zum 27.07. auf dem Hof der Elb-Havel-Kaserne in Havelberg in Flammen auf. Dabei entstand ein Schaden von mindestens 10 Millionen Euro. Trotz des Wachpersonals und einer technischen Sperre (Zaun) gelangten mehrere Brandsätze an die – unter einem Unterstand geparkten Fahrzeuge – und zerstörten diese bis zur Unschädlichkeit.

Rassistischer Mob

Bremen In Vegesack wurde am 4. Juli 2013 auf Antrag der Bürger in Wut (BIW), CDU und FDP eine Sondersitzung des Ortsbeirats einberufen. Das Ziel war, die geplante Unterbringung von Geflüchteten im Stadtteil zu verhindern. Dem Aufruf folgten zahlreiche Vegesacker_innen und äußerten sich mehrheitlich rassistisch und menschenverachtend. Die Sitzung beschloss mit den Stimmen von BIW, CDU, FDP und SPD die geplante Unterbringung abzulehnen. Auch in den Stadtteilen Gröpelingen und Obervieland versuchen Anwohner_innen, eine Unterbringung Geflüchteter zu verhindern.

Um dieser rassistischen Hetze etwas entgegen zu setzen, demonstrierten am 10. August rund 450 Menschen in Vegesack. Die Demonstrierenden riefen lautstark zur Solidarität mit den Geflüchteten auf.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Rassistischer Übergriff mit Todesfolge

Kaufbeuren / Bayern Auf dem sogenannten Tänzelfest in Kaufbeuren ist es 17. Juli zu einem rassistischem Übergriff gekommen. Hierbei verstarb ein 34-jähriger aus Kasachstan stammender Familienvater an seinen Verletzungen.

Im Laufe des Fests kam es zu einer Auseinandersetzung als eine Gruppe von Festbesuchern versuchte eine Gruppe zu provozieren, die sie als „Ausländer" ausgemacht hatten und nicht in ihr schmales Weltbild passten. Neben rassistischen Beleidigungen kam es zu tätlichen Angriffen gegen die sich die Angegriffenen vorerst wehren konnten. Kurz darauf ging ein Angreifer auf einen weiteren hinzugekommenen Mann los und verletzte diesen am Kopf. Er starb am nächsten Tag an seinen schweren Kopfverletzungen.

Der 36-jährige Täter, ein Neonazi aus Thüringen, wurde im Verlauf des Abends festgenommen.

Trotz der Eindeutigkeit des Übergriffs und der Festnahme des polizeibekannten Neonazis veröffentlichte die Polizei den rassistischen Hintergrund der Tat vorerst nicht. Später behauptete sie, dass dies aus „ermittlungstaktischen Gründen" geschehen sei.

Folternde Polizisten weitgehend freigesprochen

Rom Mitte Juni 2013 wurden 37 von 44 Urteilen gegen Polizisten, die wegen folterähnlicher Misshandlung von Demonstrant_innen beim G8-Gipfel 2001 in Genua angeklagt, in erster Instanz weitgehend freigesprochen und in zweiter Instanz verurteilt worden waren, wieder aufgehoben. Die höchste Strafe, die verhängt wurde, beläuft sich auf drei Jahre und zwei Monate Haft.

In diesem sogenannten Bolzaneto-Verfahren wurde u.a. über systematische Demütigung und Folter verhandelt. So waren die in der Polizeikaserne Bolzaneto eingesperrten Demonstrant_innen z.B. Schlafentzug, Androhung sexualisierter Gewalt sowie CS-Gas in den Zellen ausgesetzt. Die Schadensersatzansprüche der 155 Betroffenen und ihrer Angehörigen, die als Nebenkläger_innen auftraten, wurden kassiert. Schadensersatz kann nun nur noch in einem Zivilverfahren erstritten werden, das wiederum mehrere Jahre dauern kann.

Während folternde Polizisten nicht belangt werden, wurden im letzten Jahr Urteile gegen 10 Aktivist_innen vom selben Gericht zum Teil erhöht, 15 andere wurden freigesprochen. Zwei von den

Verurteilten, Vicenzo und Francesco, sollen eine 14-jährige Haftstrafe wegen „Plünderung und Verwüstung“ (vergleichbar mit schwerem Landfriedensbruch) antreten. Angesichts dessen sind beide abgetaucht. Francesco wurde jedoch im Juni diesen Jahres in Barcelona verhaftet. Die letzte uns zugängliche Info ist, dass er sich in Madrid in Isolationshaft befindet und nach Italien ausgeliefert werden soll.

Polizeigewalt bei Räumung des Protestcamps der Durst- und Hungerstreikenden non-citizens

München Am 22. Juni fand in München die non-citizen-Demonstration unter dem Motto „No Nation! No Border!“ gegen die aktuelle Gesetzeslage für Asylsuchende statt. Im Anschluss an die Demonstration traten 95 Asylsuchende, die ein Camp auf dem Münchener Rindermarkt aufgeschlagen hatten, in den Hungerstreik. Sie verlangten eine Asylanerkennung nach § 16a (politisch Verfolgte genießen Asylrecht) und gaben der Regierung drei Tage Bedenkzeit für die Anerkennung ihrer Forderungen. Als nach drei Tagen die Verhandlungen mit dem Land ergebnislos blieben, traten am 25. Juni über 50 Protestierende in den trockenen Hungerstreik. Das ist eine Form des Hungerstreiks, bei der auch keine Flüssigkeit aufgenommen wird. Nach acht Tagen des Hungerstreiks und fünf Tagen des Durststreiks, bei dem schon eine Vielzahl der Durststreikenden kollabiert waren, räumte die Polizei am 30. Juni um 5 Uhr Morgens ohne Ankündigung und unter massiver Gewaltanwendung das Protestcamp. Gerechtfertigt wurde der Polizeieinsatz damit, dass er zu einer „Rettungsaktion“ für die Streikenden stilisiert wurde. Auf die Forderungen der Geflüchteten sind die politisch Verantwortlichen jedoch nicht eingegangen. Während des Protests sahen sich die Streikenden permanenten rassistischen Anfeindungen von seiten der Bevölkerung ausgesetzt.

Rassistische Polizeikontrollen

Hamburg »Schluss mit den rassistischen Polizeikontrollen!« – Unter diesem Motto demonstrierten am 20. Juli über 1 000 Menschen in Hamburg-Altona. Anlass waren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei einerseits und in dem Stadtteil lebenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen andererseits. Seit Beginn der Hamburger Sommerferien Ende Juni hatte die Polizei mit einer großen Anzahl an Beamt_innen in Altona Präsenz gezeigt und gezielt junge Menschen, denen die Beamt_innen einen Migrationshintergrund zuschrieben, teilweise mehrmals täglich kontrolliert und durchsucht.

In der zweiten Juniwoche eskalierte die Lage. Die Polizei kesselte 16 Personen ein, nachdem sich Autofahrer_innen darüber beschwert hatten, aus dieser Gruppe heraus mit Laserpointern geblendet worden zu sein. Etwa 150 Anwohner_innen solidarisierten sich mit den Festgesetzten, rund 100 Polizeibeamt_innen setzten daraufhin Schlagstöcke und Pfefferspray ein. Die Auseinandersetzungen gingen in den folgenden zwei Nächten weiter, dabei wurden mehrere Autos in Brand gesetzt, Steine flogen. Wie sich später herausstellte, hatten die Beamt_innen bei keinem der 16 festgenommenen Jugendlichen einen Laserpointer gefunden.

Offensichtlich hatte die Polizei nicht mit derartigen Reaktionen der Anwohner_innen gerechnet. Eilig schob sie in Presseerklärungen nach, dass eine Jugendgang in dem Stadtteil Straftaten begangen habe, auf die sie habe reagieren müssen. Die Lokalpresse sekundierte mit einer Berichterstattung über die »Krawallnächte« und bezeichnete den Stadtteil als »Stolperviertel«, in dem es vermehrt zu Kriminalität gekommen sei. Dieser Name, der sich angeblich auf das Kopfsteinpflaster in den Altonaer Straßen bezieht, war eine phantasievolle Neuschöpfung, mit der offenbar das Bild eines von Migrant_innen beherrschten, gefährlichen Viertels erzeugt werden sollte.

Aufklärung über die tatsächlichen Motive der Polizei lieferte Gerhard Kirsch, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP). »Meine Kolleginnen und Kollegen haben das auszubaden, was eine verfehlte Integrationspolitik angerichtet hat«, schrieb er auf der Homepage der GdP. Das Vorgehen der Hamburger Polizei zeigt den Fortbestand einer rassistischen Grundhaltung. 13 Jahre sind seit dem Mord des Nationalsozialistischen Untergrunds an Süleyman Taşköprü in Hamburg und den sich anschließenden polizeilichen Ermittlungen vergangen, die nahezu ausschließlich auf das soziale Umfeld des Ermordeten abzielten. Die Polizei pflegt offensichtlich weiterhin ein Feindbild, das vor allem von rassistischen Ausschlusskategorien bestimmt wird. Kirsch belehrt zwar die Anwohner_innen, dass »das Aufgehen in Selbstmitleid, Selbstisolation und die Einstellung, dass immer andere Schuld an ihrem Los sind«, eine gesellschaftliche Integration verhindere. Doch tatsächlich versucht die Polizei, die längst vollzogene gesellschaftliche Integration rückgängig zu machen.

Aus JungleWorld 30/13

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Laut gegen Rassismus!

Unbemerkt von der Öffentlichkeit warten täglich Menschen beim Sozialamt und der Ausländerbehörde auf ihren nächsten Termin, die nächste Schikane, den nächsten Ablehnungsbescheid. Am Vormittag des 1. August jedoch finden sich inmitten des Behördenalltags ca. 50 Menschen ein, um das zu ändern: Eine Brass Band, Percussion und Performer_innen spielen, tanzen und singen in den Fluren, im Innenhof und auf dem Vorplatz des Oldenburger Bürgeramts am Pferdemarkt. Sie singen gegen die rassistische Praxis der Ausländerbehörde und des Sozialamts an. In Ihrer Performance fordern sie freie Wohnungswahl für Geflüchtete, gutes Leben und Bleiberecht für alle. Auch der gleichzeitig stattfindende Wochenmarkt kam in den Genuss der Performance und viele Oldenburger_innen schauten zu, lasen Flyer, filmten, fotografierten oder sangen sogar spontan mit.

Jede_r von Euch war wahrscheinlich schon einmal im so genannten Bürgeramt, zum Ummelden, Ausweis beantragen, Auto anmelden etc. In diesem schönen gelben Gebäude gibt es aber noch mehr: Die Ausländerbehörde im ersten Stock und das Sozialamt, erreichbar über den Innenhof. Hier wird jeden Tag über die Lebensbedingungen von Menschen entschieden: Wie viel Geld ihnen zur Verfügung steht, wo sie wohnen müssen, wo sie sich aufhalten dürfen und ob sie überhaupt in Deutschland bleiben dürfen oder abgeschoben werden. Die Behörden schauen nicht nur zu, wenn es rassistische Vorfälle gibt, sondern sind selbst aktiver Teil des Systems. Die Politik erlässt rassistische Sondergesetze und die Behörden setzen diese bereitwillig um – meist indem ihre Spielräume zu Ungunsten der Betroffenen ausgenutzt werden. Hier wird Ausgrenzung geplant, organisiert und umgesetzt: De facto wurde das Recht auf Asyl vor 20 Jahren abgeschafft. Die Oldenburger Ausländerbehörde setzt diese Entscheidung konsequent um, indem sie Menschen entmündigt und entrechtet – bis hin zur Abschiebung.

Nach der Schließung des Abschiebelagers Blankenburg versprach die Stadt Oldenburg in offiziellen Stellungnahmen die freie und dezentrale Wohnungswahl für Geflüchtete. In der Praxis des Sozialamts wird dies aber nicht flächendeckend umgesetzt. Nach wie vor gibt es zwei zentrale Sammellager in der Stadt (Gaußstraße/Fliegerhorst und Parkhotel), die eine nicht haltbare Wohnsituation für die Geflüchteten bedeuten und ihr Alltagsleben der kompletten Kontrolle der Behörden aussetzen. Das muss sich ändern – und zwar sofort!

Wir wollen diese rassistischen Zustände nicht hinnehmen und sind heute hier, um die Arbeit der Ausländerbehörde und des Sozialamts wenigstens für einige Minuten zu stören und diese Orte als Orte der rassistischen und sozialen Ausgrenzung zu markieren!

Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze!

Gleiche Rechte für alle!

Freie Wohnungswahl für Geflüchtete in Oldenburg und anderswo!“

Oh-oh-oh wir stehn heut vor eurer Tür
Oh-oh-oh und wir alle fordern hier:

2x **Gutes Leben,**
für alle Bleiberecht,
freie Wohnungswahl,
Kampf dem Rassismus!

2x **Rassismus ist nicht nur der NSU,**
es sind auch die Behörden, die gehörn dazu.

Alternative für Deutschland – gar nicht mal so alternativ, aber ganz schön Deutschland

Am Sonntag, den 30.Juni fand im „Ratskeller“ am Oldenburger Rathausmarkt die Gründung des Verbandes „Stadt Oldenburg / Ammerland“ der Partei „Alternative für Deutschland“ statt. Dazu wurden Kandidat_innen für die anstehende Bundestagswahl bestimmt. Die neu gegründete Partei, in Kurzform „AfD“ genannt, versucht durch populistische, radikal-marktwirtschaftliche und rassistische Positionen auf Stimmenfang zu gehen. Kernthema ist die Forderung nach dem Ausschluss finanzschwacher Staaten aus dem Euro. Auch der Rückzug Deutschlands aus dieser Währung dürfe „kein Tabuthema“ sein. Perspektivisch wird die Auflösung der europäischen Gemeinschaftswährung angestrebt. Dies ist die Antwort der neuen Partei auf die Wirtschaftskrise.

In Oldenburg hat ihr Wahlkampf schon begonnen. Vor allem mit Infoständen versuchen die AfD-Aktivist_innen, Menschen für sich zu begeistern.

Im folgenden Artikel möchten wir aufzeigen, was hinter den schlagwortartig vorgetragenen Forderungen der AfD steckt, wie sie sich bei anderen Themen positioniert und welche Schnittstellen zu nationalistischen und rassistischen Denkmustern existieren. Auch ein bekannter Oldenburger Publizist bietet hierfür Ansätze.

Kernpunkte des Wahlprogramms

In erster Linie geht es der AfD darum, dass sogenannte „Krisenländer“ aus dem Euro ausgeschlossen werden sollen. Unterstützung soll es für sie nicht geben. Deutschland soll sich aus dem Euro zurückziehen und generell soll die Gemeinschaftswährung abgeschafft werden. Darüber hinaus heißt es im Wahlprogramm: *„Wir fordern, dass die Kosten der sogenannten Rettungs-politk (Fehler im Original) nicht vom Steuerzahler getragen werden. Banken, Hedge-Fonds und private Großanleger sind die Nutznießer dieser Politik. Sie müssen zuerst dafür geradestehen.“*

In klassisch populistischer Manier werden hier die Probleme, die der Kapitalismus strukturell verursacht, auf „Banken, Hedge-Fonds und private Großanleger“ projiziert. Die Analyse der derzeitigen Wirtschaftskrise bleibt somit verkürzt und bewusst populistisch.

Darüber hinaus fordert die AfD, *„die EU durch mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zu verschlanken“* . Das Schlagwort „Eigenverantwortung“ meint übersetzt, Staaten mit schwacher Wirtschaftslage keine finanziellen Hilfen zukommen zu lassen. Jeder Staat soll für sich selbst verantwortlich sein, gegenseitige Unterstützung soll es nicht geben.

Auch in der Familienpolitik schlägt die „Alternative für Deutschland“ reaktionäre Töne an. Die Familie, die in völkischer Manier als *„Keimzelle der Gesellschaft“* bezeichnet wird, müsse besonders geschützt werden. Im Umkehrschluss bedeutet das für die AfD zum Beispiel die Entrechtung nicht heterosexuellen Partner_innenschaften, von Alleinerziehenden sowie die Abwertung von anderen Lebensentwürfen und -realitäten.

In der Migrationspolitik propagiert die AfD eine harte Linie und fordert eine *„Neuordnung des Einwanderungsrechts“*. Zwar soll die Gewährung von Asyl nicht gänzlich abgeschafft werden, sie solle jedoch nur für *„ernsthaft politisch Verfolgte“* gelten. Allein die Formulierung bietet einen Nährboden für rassistische Debatten um „Asylmissbrauch“ und die oft zynische Frage, ab wann eine „ernsthafte politische Verfolgung“ vorliegt.

Darüber hinaus befürwortet die AfD ein Einwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild. Dieses Modell gestattet eine Einwanderung nur, wenn ein bestimmter Punktestand erreicht wird. Punkte erreichen Menschen mit hoher Bildung, großen finanziellen Mitteln und der Aussicht auf einen Job, was in den meisten Fällen praktisch die Vorlage eines bereits unterzeichneten Arbeitsvertrags bedeutet.

Es geht der AfD hierbei nicht darum, dass Leute dort wohnen können wo sie wollen. Es geht ihnen aber auch nicht darum, Menschen Schutz vor Hunger, Verfolgung oder Krieg zu gewähren. Einwanderung soll idealerweise nur erfolgen, wenn sie wirtschaftlichen Nutzen bringt. Das Zugeständnis, „ernsthaft politisch Verfolgten“ Asyl zu gewähren, ist lediglich als Alibifunktion zu werten.

Auch die Forderung nach einem Einwanderungsmodell nach kanadischem Vorbild lässt sich eher als Versuch werten, vorhandene rassistische Ressentiments in der Gesellschaft aufzugreifen, um Stimmungsmache zu betreiben. Das deutsche Einwanderungsmodell (nicht

zu verwechseln mit dem Asylrecht) legt nämlich ganz ähnliche Kriterien an den Tag.

Darüber hinaus spielt die Partei mit Forderungen nach „mehr Demokratie“ oder nach „Volksabstimmungen“. Wie ernst ihnen damit ist, zeigte sich auf dem Gründungsparteitag des Bundesverbands. Hier wurde erst über das Programm abgestimmt, bevor darüber diskutiert werden durfte. Ziel war es, ein „geschlossenes Bild“ nach außen abzugeben.

Auch sonst gibt es innerhalb der AfD Debatten, die Zweifel an der demokratischen Ausrichtung der Partei aufkommen lassen. So sollen Parteisprecher Konrad Adam und der wissenschaftliche Beirat Roland Vaubel vorgeschlagen haben, das Wahlrecht für Arbeitslose und Sozialleistungsempfänger_innen einzuschränken.

Erfahrungen mit der Pressefeindlichkeit der AfD machte auch die Politikjournalistin Miriam Hollstein von der Zeitung „die Welt“. Via Twitter schrieb sie: *„Hassmails nach meinem #AfD-Artikel. Wie ich es wagen könne, Partei als rechts zu diffamieren. Dafür gehöre ich in Arbeitslager.“* (Fehler im Original)

Rassismus in der AfD – Von „Einzelfällen“ und Überschneidungen

In Göttingen heißt der stellvertretende Vorsitzende und Schatzmeister des lokalen AfD-.Verbands: Lennard Rudolph. Von ihm existieren Fotos, auf denen er beim Zeigen des „Hitlergrußes“ zu sehen ist. Auch soll er bei Pöbeleien gegen eine Anti-Atom-Mahnwache sowie gegen das Göttinger „Jugendzentrum Innenstadt“ mit NS-bezogenen Äußerungen aufgefallen sein. Rudolph selbst spricht davon, dass sein Facebookprofil, das übrigens auch Verbindungen zur NPD und zum neonazistischen Liedermacher Frank Rennicke aufweist, gehackt wurde, um Fotomontagen von ihm mit dem Hitlergruß online zu stellen. Ein Einzelfall?

Ein weiterer „Einzelfall“: Wolfgang Hübner aus Frankfurt. Hübner zog als Vorsitzender der „Freien Wähler“ ins Frankfurter Stadtparlament ein und sorgte Ende 2012 für öffentliches Aufsehen, als er die NSU-Mordserie verharmloste, die von *„verschiedenen Einwanderer-Lobbyisten in unverschämter Weise genutzt“* werde, *„um vom Staat zusätzliche materielle und ideelle Zuwendungen zu fordern“*. Teil dieses Plans seien laut Hübner ebenso die *„Massenmedien“*, die *„die hetzerischen Transparente linksextremer Organisationen, die in der Angelegenheit längst einträglichen politischen Profit wittern, zur besten Sendezeit [...] groß ins Bild“* gerückt hätten.

Diese Äußerungen führten zu einem Parteiausschlussverfahren von den „freien Wählern“. Seine neue politische Heimat heißt „Alternative für Deutschland“(3), die sich über einen kommunalen Mandatsträger in ihren Reihen freuen konnte. Ein weiterer Einzelfall? Weit gefehlt.

Im Entwurf für das Wahlprogramm sprachen sich Mitglieder der „Alternative für Deutschland“ gegen *„eine Gängelung der öffentlichen Meinung unter dem Deckmantel der sogenannten ‚political correctness‘“* aus.

Was damit unter anderem gemeint sein könnte, zeigt folgendes Zitat(4) aus dem Wiki der „Wahlalternative 2013“, der Vorgängerstruktur der AfD:

„Eine Gefahr entsteht nur dann, wenn fremde Völker mit ihren Kulturen in unser Land kommen und wir gleichzeitig immer weniger werden.” Sarrazin warnt vor einer neuen Massenzuwanderung durch ‚Fachkräfte‘, denn die würde langfristig die gleichen unlösbaren Probleme in unser Land bringen wie die Massenzuwanderung aus der Türkei im vorigen Jahrhundert. [...] Dieses Thema brennt den Leuten – wie man seit dem Verkaufserfolg von ‚Deutschland schafft sich ab‘ weiß – massivst unter den Nägeln. Keine Partei jedoch nimmt sich dieser Problematik aufrichtig an.”

In diesem Zitat wird also sämtliche Migration nach Deutschland, egal ob sie als „wirtschaftlich nützlich“ oder nicht angesehen wird, verurteilt, aus Sorge davor, dass „fremde Kulturen“ gegenüber der „deutschen Kultur“ in Überzahl geraten könnten. Dies ist klassische Propaganda, wie sie auch von Neonazis betrieben wird. „Überfremdung“ nennen sie das.

Auch warnt die Partei mit klassischem Neonazivokabular vor einer „Multikulti-Umerziehung“. Der Begriff „Umerziehung“ folgt ebenfalls einem neonazistischen Propagandakonzept, nach dem „die Deutschen“ seit Ende des zweiten Weltkriegs durch die Alliierten mit gezielter Desinformation beeinflusst werden sollen. Durch „Umerziehung“ sollen „den Deutschen“ dieser Logik zu Folge Nationalbewusstsein und der positive Bezug auf die „deutsche Geschichte“ genommen werden, sie sollen im Sinne der alliierten Politik beeinflusst werden. Neonazistischer Ideologie zu Folge ist auch eine multikulturelle Gesellschaft als Konzept der „Siegermächte“ zu sehen, um „die Deutschen“ auch nach

dem Krieg weiter zu schwächen und eigene finanzielle Interessen durchsetzen zu können.

Mit der Verwendung dieses Begriff äußert sich die AfD nicht nur rassistisch, sie begibt sich auch in Fahrwasser nationalsozialistischer und verschwörungsideologischer Denkstrukturen.

Fast 800 Menschen markierten dieses Bild übrigens mit „Gefällt mir“. Von einem „Einzelfall“ zu sprechen, fällt schwer.

Zwar wurde der Slogan später in „Bildung statt Ideologie“ geändert, das Originalbild wurde jedoch nie gelöscht(3) und verzeichnet inzwischen hunderte rassistische Kommentare.

„Leitkultur statt Multikulti“ – Ein weiterer „Einzelfall“ in Oldenburg?

Beim Blick auf den neuen Vorstand des AfD-Verbands „Oldenburg Stadt/ Ammerland“ fällt eine Person auf: Gerhard Vierfuß. Der 52-jährige Jurist mit Magisterabschluss in Germanistik und Philosophie ist Schriftführer im Oldenburger Verband und schreibt unter anderem für die nationalistisch-konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF). Die JF sieht sich in der Tradition einer Jahrhunderte alten Nationalgeschichte, nach der die „deutsche Kultur“ identitätsstiftend sein soll. Auf diesem Weg will sie die „deutsche Identität“ regenerieren. Inhaltlicher Kern der „Jungen Freiheit“ ist also eine unkritische positive Bezugnahme auf die deutsche Nation und ihre Geschichte.

Unter dieser Prämisse schreibt auch Gerhard Vierfuß. So lässt er beispielsweise unter der Überschrift „Leitkultur statt Multikulti“ verlauten: *„Die Debatte um Zuwanderung und Integration in Deutschland hat endlich begonnen“*. Er bezieht sich dabei auf den niederländischen Soziologen Ruud Koopmans und schreibt:

„Integration von Zuwanderern gelingt am besten in den Ländern, die einen nur wenig ausgebauten Wohlfahrtsstaat aufweisen oder bei der Gewährung von Rechten an Zuwanderer restriktiv vorgehen. Länder mit starkem Wohlfahrtsstaat und großzügiger Vergabe von Rechten an Neuankömmlinge haben bei der Integration die geringsten Erfolge. Man kann es auch so ausdrücken: Ohne Integrationsdruck keine Integration.“

Seit 2007 ist der Gerhard Vierfuß Teil der JF-Redaktion. Vorrangig schreibt er in seinen JF-Artikeln über Themen der Justiz. Hier fürchtet er vor allem das Schwinden einer „nationalen Souveranität“ durch den Einfluss der EU. Beispielsweise sieht er die Kompetenz des Bundesverfassungsgerichts durch den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte beschnitten. Auch das Thema „Jugendgewalt“ greift Vierfuß in populistischer Manier auf. Hier fordert er ein stärkeres Durchgreifen des Staates durch härtere Gesetze und mehr geschlossene Jugendheime. Es geht ihm also, ähnlich wie der AfD in der europäischen Krisenpolitik, nicht um eine grundlegende, inklusive Problemlösung, sondern um Ausschluss von „Schwachen“ bzw. „Abweichler_innen“ von einer konstruierten Norm.

Auch rassistische Ressentiments gegen den Islam bedient Vierfuß, indem er ihn als *„größte Gefahr für das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland“* bezeichnet.

Vierfuß konstruiert dabei eine angeblich vorhandene „deutsche Leitkultur“, die gegenüber dem in Deutschland einfallenden „Fremden“ verteidigt werden müsse. Dies kann der Islam sein, aber auch die EU, die die deutsche Souveränität bedroht. Dieser Abwehrkampf müsse Vierfuß zu Folge mit voller Härte durch die deutschen Institutionen geführt werden. Diese Idealisierung und vermeintlich notwendige Verteidigung einer „deutschen Nation“ mit ihrer „Leitkultur“ sowie populistische Law-and-Order-Positionen bieten den Nährboden für neonazistische Denkmuster. Hier ist deutliche, inhaltliche Kritik notwendig.

Fazit

Neben der NPD haben wir es mit der AfD also mit einer weiteren Partei zu tun, die rassistische und sozialdarwinistische Positionen (re)produziert. Auch wenn die AfD im Gegensatz zur NPD nicht als Partei angesehen werden kann, die sich am historischen Nationalsozialismus orientiert, verdient die AfD mit ihren marktradikalen, neoliberalen und unsolidarischen Positionen eine kritische Auseinandersetzung während des Wahlkampfs und darüber hinaus.

antifa.elf

antifaelf.blogsport.de

Unterstützung für Haus Friedensbruch

Offener Brief an den Eigentümer der Immobilie Theaterwall 24a

Im Frühjahr 2011 besetzte eine Gruppe junger und jung gebliebener Leute das in Oldenburg leerstehende Haus am Theaterwall mit der Nummer 24a. In den folgenden Monaten und Jahren wurde das Gebäude mit viel Engagement „instandbesetzt“ und unter dem Namen „Haus Friedensbruch“ als alternatives Wohn- und Kulturprojekt bekannt. Auch durch Rückschläge wie die Sperrung des Stromanschlusses im Mai 2012 oder das (von behördlicher Seite nicht genehmigte) Abdecken des Daches des denkmalgeschützten Hauses durch den Besitzer im Februar 2013 haben sich die Bewohnerinnen und Bewohner nicht entmutigen lassen. Nun liegt eine Räumungsklage seitens des Besitzers vor.

Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, dass sich das Haus Friedensbruch vis-à-vis zum Oldenburgischen Staatstheater befindet – einer Institution, welche wie kaum eine andere die „Hochkultur“ repräsentiert. Und doch ist es mehr als nur ein ironischer Gegensatz, der hier sichtbar wird. Es zeigt, dass es in Oldenburg eine lebendige kulturelle Vielfalt gibt: Ist es nicht wunderbar, an einem Abend im Staatstheater eine Oper erleben zu können, um anschließend auf der anderen Straßenseite ein Programm mit Trash-Kurzfilmen zu sehen?

Diese Art von Querverbindungen und Vernetzungen ist es, die ein Projekt wie das Haus Friedensbruch so wichtig und unersetzlich macht.

Es sind nicht nur ein Haufen Punks, die dort „ihr Ding machen“. Von Anfang an wurde Kontakt zu anderen Kulturschaffenden aus Oldenburg und darüber hinaus aufgebaut. Exemplarisch sei hier – oben klang es bereits an – die Zusammenarbeit mit den Oldenburger Kurzfilmtagen zwergWERK erwähnt: Während der 11. und 12. Ausgabe des Festivals im November 2011 und 2012 wurden in dem Haus am Theaterwall eintrittsfreie Mitternachtsprogramme veranstaltet – mangels Strom unter nicht ganz einfachen Bedingungen. Dennoch waren die Veranstaltungen außerordentlich gut besucht, und das Publikum setzte sich durchaus heterogen zusammen. Gut möglich, dass tatsächlich der eine oder andere Theatergast geschaut hat, was denn „da drüben“ los sei. Auch eingeladene Filmschaffende, die ihre Werke persönlich präsentierten, zeigten sich vom Haus Friedensbruch als Veranstaltungsort begeistert. Gratis war an diesen Abenden nicht nur das Filmprogramm, sondern auch – wenn man so will – der Abbau von Berührungsängsten.

Neben Filmvorführungen fanden und finden im Haus Friedensbruch Konzerte und Lesungen, Ausstellungen und Kleidertauschpartys, Kneipenabende und Diskussionsveranstaltungen statt. Eintritt wird dabei konsequent nicht erhoben – auch insofern ist das Projekt eine wichtige Bereicherung für Oldenburgs Kulturszene: Hier werden Angebote für diejenigen geschaffen, die sich beispielsweise einen Kinobesuch für 13 Euro nicht leisten können und wollen.

Nicht zuletzt wird das Haus Friedensbruch auch als Wohnraum genutzt. Oldenburg hat eine der geringsten Leerstandsquoten in Deutschland, dementsprechend hoch sind die Mietpreise. Um so konsequenter ist es von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Theaterwalls 24a, das Haus dafür zu verwenden, wofür es gebaut wurde: zum Wohnen. Hier geht es nicht darum, jemandem einen Schaden zuzufügen – im Gegenteil: Hier wird gezeigt, wo in Oldenburg der Schuh drückt!

Abseits aller juristischen Fragen wünschen wir, die Unterzeichnenden dieses Briefes, uns vom Eigentümer der Immobilie Theaterwall 24a, dass er mit dem Projekt Haus Friedensbruch, der Stadt Oldenburg und den Kulturschaffenden in einen offenen Dialog tritt, anstatt mit einer Räumungsklage harte Fakten zu schaffen. Oldenburg braucht eine vielfältige Kulturszene. Und das Haus Friedensbruch ist seit über zwei Jahren ein Teil davon.

www. ufhf.eu

Ihr stimmt zu und möchtet auch unterzeichnen? Dann schicket eine Nachricht mit eurem Namen und ggf. eurer Institution an ja@ufhf.eu.

Einleitung zum Schwerpunkt

Wenn wir uns diesen Schwerpunkt zu der aktuellen Entwicklung in Ungarn von außen angucken, so scheint er doch erst einmal ziemlich aus dem Nichts gegriffen. Diesen Eindruck können wir auch nicht entkräften, vor allem unter dem Aspekt, dass es in den vergangenen Jahren mehr als einen Anlass gegeben hätte, sich näher mit den politischen und sozialen Entwicklungen in Ungarn zu befassen. Nichts desto trotz wollen wir mit diesem Schwerpunkt versuchen, einen kleinen Überblick zu vermitteln.

Eine zentrale Rolle in der politischen Entwicklung Ungarns spielt ein gesellschaftlich immer dominanter auftretender völkischer Nationalismus. Der Sieg der national-konservativen Fidez-Partei unter Viktor Orbán bei den Parlamentswahlen 2010, die auf Anhieb eine Zweidrittelmehrheit im Parlament erreichte, kann und muss als Ausdruck dieser Entwicklung betrachtet werden. Doch damit nicht genug. Neben der Fidez zogen auch die als ihre „Satellitenpartei“ geltende Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) sowie mit rund 12% die Jobbik-Partei ins Parlament ein. Die rechtsradikale Jobbik kann dabei, ohne Sorge vor relativierenden Aussagen, guten Gewissens als faschistisch bezeichnet werden. Abgeordnete der Jobbik forderten beispielsweise eine Erfassung aller jüdischen parlamentarischen Abgeordneten und traten teilweise in den Uniformen der „Ungarischen Garde“ auf. Die zwar mittlerweile verbotene aber nicht verfolgte, paramilitärische, rechtsradikale Bürgerwehr sieht sich selbst in direkter Anlehnung an die Pfeilkreuzler, den ungarischen Faschist_innen um Ferenc Szalasi, die als direkte Unterstützer_innen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg u.a. an der Deportation ungarischer Jüdinnen und Juden beteiligt waren und zusammen mit den Deutschen gegen die Rote Armee gekämpft haben.

Insgesamt führten die Parlamentswahlen 2010 zu einer absoluten Mehrheit für die völkische Rechte in Ungarn und müssen als politische und soziale Zäsur in Ungarn bezeichnet werden. Alleine in den Jahren 2010 bis 2012 wurden 365 neue Gesetzesänderungen, teils mit Verfassungsstatus, durchgedrückt. Dieser politische Wandel vollzog sich dabei so radikal, dass ungarischen Antifaschist_innen den eigenen Worten nach nichts anderes übrig blieb, als das Geschehene zu dokumentieren. Und dies nicht nur, weil es keine handlungsfähige Opposition in Ungarn gibt, sondern auch, weil sie dem Tempo des politischen Wandels nichts entgegen zu setzen hat. Neben den geänderten Gesetzen wurde im Januar 2012 eine neue Verfassung verabschiedet, die von Oppositionellen als Grundstein einer „ethnonationalen Diktatur“ bezeichnet wird. Sie trägt nicht nur zu einer starken Zentralisierung der Macht in Ungarn bei, gleichzeitig manifestiert sich in ihr auch das Bild eines exklusiven, auf dem Konstrukt der Ethnie der Magyaren beruhenden, völkischen Nationalismus, der sich vor allem durch den Ausschluss religiöser, politischer, rassistisch markierter und sexueller Minderheiten reproduziert. Um‘s beim Namen zu nennen: Der ungarische Nationalismus rekrutiert sich vor allem aus dem Hass auf Jüdinnen und Juden, Romni und Roma, Liberale, „Béla Kun“ (kommunistischer Politiker in den 1920er Jahren, wird als Synonym für Bolschewist_innen genutzt) sowie Homosexuelle. Betrachten wir diese Entwicklung in Ungarn, so lassen sich durchaus Parallelen zum deutschen Nationalismus im Wilhelminischen Zeitalter Ende des 19. Anfang des 20. Jahrhunderts erkennen. Wichtig hierbei ist hervorzuheben, dass auch wenn die völkischen Kräfte zur Zeit das politische Sagen haben, sie keinesfalls aus dem Nichts kommen. Bereits mit dem Ende der Blockkonfrontation Ende der 1980er Anfang der 1990er Jahre ist das völkische Denken in Ungarn im Aufschwung. Zudem ist es auch kein Zufall, dass es mit dem jetzigen Aufstieg völkischer Kräfte zu einem erstarkenden Horthy-Kult kommt. Miklos Horthy führte nach der gescheiterten Räterepublik und zwischen den Weltkriegen als autoritärer Reichsverweser (Monarchenvertreter) Ungarn an und berief sich dabei ebenfalls auf eine völkische Konzeption der Nation. Eine der zentralen politischen Anliegen Hor-

leitung

thys war die Revision des Vertrags von Trianon, welcher den Ersten Weltkrieg offiziell beendete und dazu führte, dass das Königreich Ungarn rund zwei Drittel seines Staatsgebiets verlor. Die Revision des Vertrags von Trianon steht auch heute hoch im Kurs der völkischen Kräfte Ungarns.

Da wir in diesem Schwerpunkt nur einen kleinen Ausschnitt aus der aktuellen politischen Situation in Ungarn aufzeigen können, fehlen leider einige Aspekte. So liegt der Fokus des zweiten Artikels vor allem bei der Beschreibung der erschreckenden Situation der Roma in Ungarn. Leider geht der Artikel nur bedingt auf den gesellschaftlich weit verbreiteten Antisemitismus in Ungarn ein. Dabei gibt es unzählige Gründe, sich auch mit diesem Thema auseinander zu setzen: Beispielsweise wenn, wie oben geschrieben, Abgeordnete im Parlament eine „Judenzählung“ fordern. Wenn „verjudet“ ein gängiges Schimpfwort ist oder wenn ein Archäologe Auszeichnungen von der Regierung bekommt, weil er herausgefunden habe, dass Jesus kein Jude, sondern ein Prinz aus dem altiranischen „Volk“ der Panther sei, welches zufälligerweise auch noch mit dem „Volk“ der Ungarn verwandt sei. Gleichzeitig fehlt auch eine Darstellung der gesellschaftlich weit verbreiteten Homophobie, die sich in besonders erschreckender Weise bei wiederkehrenden Gegenprotesten und militanten Angriffen auf den Budapester Pride gezeigt hat.

Beide Texte, die wir hier abdrucken, stammen aus dem 2013 beim Unrast Verlag erschienenen und sehr zu empfehlenden Buch „Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn“. Viel Spaß mit dem Schwerpunkt!

Eure Redaktion

Flucht in die Nestwärme?

Ein Fazit

Eine Zunahme völkischen Denkens ist also schon seit der Wende zu beobachten. 2010 kulminierte diese Entwicklung schließlich in den Wahlsiegen der konsequent völkischen Parteien, des Fidesz und der KDNP einerseits und der Jobbik andererseits. In den Kategorien von links und rechts zu sprechen, ist in Bezug auf Ungarn allerdings häufig missverständlich, denn der gesellschaftliche Bruch verläuft nicht entlang dieser Trennlinie, sondern entlang der zwischen den völkischen und den nicht-völkischen Kräften - wobei die Völkischen über die Jahre die absolute Mehrheit erlangten. Das völkische Denken infiltriert die Gesellschaft seit Jahrzehnten.

Mit dem Fidesz und seinem KDNP-Anhängsel gelangten die völkischen Kräfte 2010 an die politische Macht und haben nun die diskursive Deutungshoheit. Die neue Verfassung, das neue Mediengesetz, die neue Roma-»Integrationsstrategie«, die Maßnahmen in der Kultur-, Bildungsund Wirtschaftspolitik, die Judikative, die Exekutive - einfach das gesamte Handeln des Staates unterliegt heute völkisch-idealistischen Kategorien. Die Gewaltenteilung wird dadurch obsolet. Diejenigen Menschen, die in den Kategorien einer liberalen Demokratie denken, sind in der Minderheit. Das haben die letzten Parlamentswahlen deutlich gezeigt. Allerdings muss auch festgestellt werden, dass selbst ein großer Teil der Mitglieder der sozialistischen Partei oder der Grünen völkisch denkt, nur weniger konsequent.

Mit ihrer Zweidrittelmehrheit verabschiedete die Regierung Orbán zügig nach Regierungsantritt eine Reihe neuer Gesetze, die die Gleichschaltung aller strategisch wichtigen Lebensbereiche bedeuteten. Im Eiltempo wurden wichtige Schlüsselpositionen mit Parteifreunden und Getreuen besetzt und die Schlüsselbereiche des politischen, kulturellen, zum Teil auch des wissenschaftlichen, und im Großen und Ganzen auch die des wirtschaftlichen Lebens übernommen. Überall wurden und werden noch immer Personen aus politischen Gründen ausgetauscht. Die ohnehin labile Demokratie des Landes wird damit weiter untergraben, was dazu beiträgt dass sich die Gesellschaft in eine geschlossene, völkische Gemeinschaft verwandelt. Die demokratische Opposition kann dabei nur zusehen - sie ist machtlos.

Dass als einer der ersten Handlungsakte ein Gesetz verabschiedet wurde dass den »Auslandsungarn« ermöglicht, ungarische StaatsbürgerInnen zu werden, ist gewiss kein Zufall, sondern drückt eine deutliche Botschaft der neuen Regierung aus. Orbán nannte den Ausgang der Wahlen im April 2010 eine »Revolution in der Wahlkabine«. Tatsächlich kommt der Wahlsieg von Fidesz-KDNP einer völkischen Revolution gleich. Seit Orbán 2002, nach vierjähriger Regierungszeit, abgewählt worden war, kämpfte er für die »Wiederauferstehung der in Trianon erniedrigten Nation« und für die »Wiederherstellung der nationalen Einheit über die gegenwärtigen Grenzen hinweg«, das heißt für jenes Großungarn ante Trianon.

Der »Wiedergeburt« der angeblich organisch gewachsenen, biologischen Abstammungsgemeinschaft diente auch die Verabschiedung eines zweiten Gesetzes gleich nach Regierungsantritt. Der 4. Juni, der Tag des Friedensvertrags von Trianon, wurde nun zum »Tag des nationalen Zusammenhalts« auserchoren. Er soll symbolisieren, dass Ungarn den Vertrag von Trianon im Grunde nicht akzeptiert. Die Zahl der Zeitungen, die am ersten offiziellen »Gedenktag« mit einem irredentistischen Bild erschienen, wuchs dramatisch an. 2011 wurde sogar ein gigantisches völkisches Fest in Ópusztaszer beim Denkmal des heidnischen Landesfürsten Árpád organisiert, das sich zu einem neuen Mythos, zu einem »magyarischen Walhall« zu entwickeln scheint.

Auch wurde umgehend das »Gesetz zur Bestrafung der Leugnung des Holocausts« geändert, das die alte Regierung noch im April 2010 verabschiedet hatte. Im neuen Gesetzesentwurf wurde der Begriff »Holocaust« gestrichen und der »Völkermord des Nationalsozialismus« mit dem »des Kommunismus« gleichgestellt. So wird in Ungarn jede Person strafbar, die »den Völkermord des Kommunismus« leugnet. Dies ist im Grunde nichts anderes als eine Parallelisierung oder Gleichstellung der Verbrechen der Nazis mit den Verbrechen der KommunistInnen, was der Relativierung des Holocausts gleichkommt.

Zum Vorsitzenden des Parlaments wurde einer der engsten Weggefährten Orbáns gewählt, der schon erwähnte Kóver, der während der letzten zwei Jahrzehnte immer wieder die politi-

schen Gegner, zuletzt den ehemaligen Premier Gyurcsány, antisemitisch beschimpft hatte. Zudem hat die Regierung Orbán das eigenständige Kulturministerium abgeschafft, Zuständig ist jetzt ein Staatssekretär im »Superministerium« für »Natio- bzw. »Humanressourcen«. Der erste Mann auf diesem Posten war bis Juni 2012 - der siebenbürgische Schriftsteller Géza Szőcs, ein Parteifreund Orbáns, der gleich nach seinem Amtsantritt angekündigt hatte, im Zuge der nationalen Selbstfindung eine Forschungsgruppe zu gründen, die mit einer DNA-Analyse dem Ursprung der Magyaren nachgehen solle, um so die Identität im »Volkskörper« zu festigen. Die bereits erwähnte und für das völkische Denken in Ungarn so typische »Hinwendung zum Osten« ist auch hinter dieser Maßnahme zu spüren. Zudem soll die ungarische »Kulturüberlegenheit«, die in der Kulturpolitik der Zwischenkriegszeit zum Ausdruck gekommen sei, in der nationalen Identität verankert werden.

In diesem Zusammenhang spielt die sogenannte »Aufarbeitung der Vergangenheit« eine äußerst wichtige Rolle. Die zwei »Vergangenheiten«, die kommunistische und die faschistische, werden dabei gegeneinander insofern ausgespielt, als dass die kommunistische im Grunde instrumentalisiert wird, um die faschistische zu relativieren. Auch in der kulturpolitischen Strategie ist die deutliche Tendenz zu spüren, dass nicht nur - wie bereits erwähnt - die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen rehabilitiert werden soll, sondern dass sogar die faschistische Vergangenheit (im Sprachgebrauch der Völkischen: »national gesinnten«) im Vergleich zur kommunistischen im positiven Licht erscheint.

Bei der jährlichen Feier zum Gedenken an den Ausbruch ungarischer und deutscher Soldaten aus einem Kessel der sowjetischen Armee am 11. Februar 1945 - dem sogenannten »Tag der Ehre« - wird auf dem Burgberg von Budapest sogar die Schicksalsgemeinschaft mit den »heldenhaften Verteidigern« von Budapest (Soldaten der Waffen-SS und deren ungarische Verbündete) herausgestellt. Und im Holocaust-Gedenkzentrum soll die ständige Ausstellung umgestaltet werden, da sie die Geschichte verfälsche: Der Einmarsch Ungarns in Rumänien stünde in keinem Bezug zu den späteren Deportationen, heißt es im Ministerium. Nach den Absichten des neuen Direktors soll viel mehr Gewicht auf die Rettung des Judentums gelegt werden, das heißt, »Ermordung und Rettung« sollen gleich behandelt werden.

Wichtiges Moment in der Kulturpolitik der neuen Regierung ist auch die Umbenennung von Plätzen und Straßen. Bei der größten Umbenennungsaktion der Nachwendezeit 2011 wurden Bezeichnungen geändert die mit dem Gedanken der Republik - ob liberaler oder sozialistischer Prägung - auch nur entfernt etwas zu tun haben: Platz der Republik zu Platz Johannes-Paul IL, Roosevelt-Platz zu Szécheny-Platz, Moskau-PIatz zu Széll-Kálmán-Platz usw. Die unreflektierte, ja heroisierende Rückbesinnung auf die Zwischenkriegszeit führt sogar zu einem Auflammen des Horthy-Kultes, so dass überall im Lande entsprechende Gedenktafeln und Statuen aus dem Boden spriesen, so in Gyömrö, Kereki, Debrecen, Siófok usw. Auch nationalsozialistische Autoren der Zwischenkriegszeit wie Albert Wass und Józef Nyírö werden kultifiziert und sollen sogar in den offiziellen Lehrplan aufgenommen werden.

Mit möglichst wenig Opposition regieren zu wollen, das hatte Orbán 2009 in einer Rede in Kötse deutlich gemacht. Auf dem Parteikongress sprach er damals von einem »zentralen politischen Kraftfeld«, in dem er - frei von den »überflüssigen Wertedebatten« mit der Opposition - ungehindert für die nächsten 15 bis 20 Jahre schalten und walten möchte. Zu diesem Zweck wurde nach dem Wahlsieg im Parlament auch ein neues Kommunalgesetz ohne Absprache mit den anderen Parteien verabschiedet. Im Vergleich zum alten Gesetz wurde es dahingehend geändert, dass alle BewerberInnen viel mehr Unterstützungsschreiben (sogenannte »Klopfzettel«) in einer viel kleineren Zeitspanne beschaffen müssen als bisher, um als EinzelkandidatInnen zugelassen zu werden. KandidatInnen großer Parteien schaffen das ohne Probleme, KandidatInnen kleiner Parteien stoßen auf technische Schwierigkeiten, so dass sie in Zukunft keine Chancen mehr bei Kommunalwahlen haben dürften. Die Wirkung der Gesetzesänderung hat sich bereits bei den Kommunalwahlen im Oktober 2010 gezeigt: Die Kleinparteien fielen den verschärften Regeln des modifizierten Kommunalwahlgesetzes zum Opfer und der Fidesz konnte einen weiteren erdrutschartigen Sieg erzielen. Dadurch hat Orbán derzeit eine

Machtfülle, die so außergewöhnlich ist wie unter dem langjährigen Führer im Realsozialismus, János Kádár.

Außerdem arbeitet die Regierung stetig an Veränderungen des allgemeinen Wahlrechts, die ihr in Zukunft bei den Parlamentswahlen ihre Machtfülle sichern könnten. Dazu zählt etwa eine Neustrukturierung der Wahlbezirke, die - so der Vorwurf von Kritikern - es der linken Opposition schwerer macht, Direktmandate zu erobern. Zudem ist eine Regelung geplant, wonach sich WählerInnen einige Wochen vor den Wahlen registrieren lassen müssten. Hierbei steht zu befürchten, dass vor allem die ärmeren Schichten - und dazu gehört insbesondere die Roma-Bevölkerung - daran hindert werden, überhaupt zur Wahlurne zu gelangen.

Als Ergebnis des lange anhaltenden und von großen Teilen der Bevölkerung befürworteten völkischen Strebens nach einer »cultural whiteness« werden heute der demokratische Widerstreit als Chaos und die kulturelle Diversität als Unordnung erlebt. Die ungarische Bevölkerung konnte und kann noch immer nichts mit dem individuellen Angebot der Demokratie anfangen und wählte lieber die vermeintliche »Nestwärme«, den Weg zum kollektiven Zwang. Im Sinne dieser »cultural whiteness« werden in Ungarn jetzt nicht nur die Bereiche Kultur und Medien, sondern auch die Rechtsprechung völkischen Ordnungsprinzipien unterworfen.

So wird etwa der Minderheitenschutz permanent ins Gegenteil verkehrt. Während sich die neue Verfassung nicht zur »Würde des Menschen« und stattdessem zum Glauben an die Nation bekennt (»Nationales Glaubensbekenntnis«), steht in der Präambel des neuen Mediengesetzes explizit, dass neben den Minderheiten auch die »Mehrheit« zu schützen sei. In einem Land, in dem es nicht um das Individuum, sondern ausschließlich um eine ganz bestimmte kulturelle Gemeinschaft geht, wird mit solch einer Auffassung erreicht, dass die Minderheit zugunsten der Mehrheit weichen soll. Auch dies hat eine Täter-Opfer-Umkehr zur Folge: 2010 und 2011 sind bereits drei Urteile gefallen, in denen Roma im Verhältnis zu ihrer Tat extrem hohe Gefängnisstrafen bekamen, weil ihnen die Absicht unterstellt wurde, die magyarische Nation vernichten zu wollen. Man hatte ihnen zusätzlich zu ihrer Straftat Volksverhetzung bzw. »Hetze gegen die Gemeinschaft des Volkstums der Magyaren« unterstellt.

Dass die ungarische Gesellschaft bis zu 80 Prozent feindlich den Roma gegenüber eingestellt ist, zeigen schon seit längerem Meinungsumfragen. Der Hass ist bereits öfter in Gewalt umgeschlagen. Jetzt ist zu befürchten, dass das, was der Kulturwissenschaftler Ákos Szilágyi Ende 2009 prophezeit hat, wahr werden könnte. Er meinte, dass in Ungarn eine neuartige, postmoderne »ethnonationale Diktatur« verwirklicht werden könnte. Samuel Salzborn sieht die Situation ähnlich. Er sieht wesentliche Konturen eines autoritären Regimes, das sich in Richtung Diktatur zu entwickeln scheint. Alles Kritische werde damit aus- oder gleichgeschaltet, wodurch das individuelle Angebot zum kollektiven Zwang wird.

Ungarn gehe es, so Salzborn, »offensichtlich nicht um das Individuum, sondern ausschließlich um den Menschen als - halluzinierten - Teil einer ganz bestimmten kulturellen Gemeinschaft. Die Vorstellung einer kulturellen Gemeinschaft unterscheidet sich von der einer pluralistischen Gesellschaft aber gerade dadurch, dass sie als homogen und letztlich unveränderlich unterstellt wird, wobei das Individuum nichts, das Kollektiv aber alles zählt. Freiheiten werden auf diese Weise suspendiert, der Mensch in ein ethnopolitisches Kollektivgefängnis gesperrt.«

Im Transformationsprozess seit dem Jahr 1989 erleidet Ungarn gerade einen antidemokratischen Rückschritt. Die Angst vor Veränderungen, vor Freiheit und einer liberalen, offenen Gesellschaft hat derzeit die Oberhand. Gespenstisch ähnlich ist die Situation in Ungarn zu der, die der US-amerikanische Historiker Fritz Stern in seinem Buch »Kulturpessimismus als politische Gefahr« im Bezug auf Deutschland Anfang des 20. Jahrhunderts als »konservative Revolution« beschrieb. Die »nationale Wiedergeburt«, der Kampf für Werte, die man als die »althergebrachter Traditionen« ansieht, der Kampf gegen den Liberalismus und den »westlichen Hedonismus«, gegen die Sozialdemokratie, gegen das Denken in Kategorien der liberalen Demokratie usw. - all das geht einher mit einer Art nationaler Religion, mit der die neue Regierung im Namen des Volkstums eine Art Sendung zu vollenden meint. Die »magyarische Sendung« strahlt nach außen mit dem Traum von Großungarn als »Hungaria irredenta« - und nach Innen als Vision einer »sauberen« Nation, in der bald Ordnung herrschen soll.

Alter Hass und neue Hetze:

Gegenwärtige Virulenzen des Antiziganismus und Antisemitismus

Abwertung hat Konjunktur in Ungarn. Und niemanden trifft der Hass so oft, so unverhohlen, so gewaltsam wie Roma. Antiziganismus ist zur Alltäglichkeit geronnen. Es ist der Hass der Mehrheit - brutal und zugleich salonfähig: 62 Prozent der UngarInnen nehmen laut einer Umfrage etwa an, dass Roma »kriminell veranlagt« seien. Hier holt die Jobbik ihre WählerInnen ab. Es ist ihr Metier. Mit einer Politik der ständigen Provokation erhebt sie den Antiziganismus immer mehr zur Norm. Das färbt ab, immer mehr wird die Romafeindlichkeit zum Bezugspunkt verschiedenster Akteure. Aber es ist kein plötzlicher Aufstieg eines alten Vorurteils, der Antiziganismus stieg nicht wie Phönix aus der Asche auf. Schon 1975 lehnten, einer von der Sozialwissenschaftlerin Brigitte Mihok angeführten Studie zufolge, 75 Prozent der ungarischen Bevölkerung Roma ab. »Lösungsmöglichkeiten der ‚Zigeunerfrage' sahen die Befragten im Entzug der Hilfeleistungen, der Verstärkung der Kontrolle, der Absonderung und physischen Vernichtung der Roma. Diese Einstellung verstärkte sich nach 1990«, schrieb Mihok bereits 1999. Im real existierenden Sozialismus war Romafeindlichkeit allgegenwärtig, staatlich wie nicht-staatlich, obwohl sie offiziell als diskreditiert galt. Nach der Wende steigerte sich die antiziganistische Rhetorik, verbreitete sich ganz ohne Tabus und gepaart mit brachialen biologistischen Rassismen.

Die Äußerungen des bekannten Dramatikers und rechtsextremen Politikers István Csurka sind dafür ein gutes Beispiel: »Wir können nicht länger ignorieren, dass die Fäulniserscheinungen genetische Ursachen haben. Es muss erkannt werden, dass sozial benachteiligte Gruppen, bei denen die harten

Grenzen der natürlichen Auslese nicht funktionieren, viel zu lange unter uns gelebt haben.« Csurka, sonst vor allem als Antisemit bekannt, war 1992 Abgeordneter und einer der Vize-Vorsitzenden der damaligen Regierungspartei MDF, des rechtskonservativen *Magyar Demokrata Fórum*. Später wurde er Vorsitzender der rechtsextremen »Ungarischen Wahrheits- und Lebenspartei« (MIEP), bevor er, kurz vor seinem Tod, als künstlerischer Leiter eines renommierten Budapester Theaters gehandelt wurde. Wie Csurka hat auch der Antiziganismus Karriere gemacht - allerdings auf getrennten Wegen.

Etwa im Fahrwasser der Jobbik, aus deren noch junger Parteigeschichte der Antiziganismus nicht wegzudenken ist. Beispiellos macht sie sich das Ressentiment zu Nutze, schürt die Vorbehalte und heimst Wahlerfolge ein und erreicht sogar lokale Mehrheiten. In vier ungarischen Gemeinden stellt die Partei gegenwärtig den Bürgermeister. Der renommierte ungarische Soziologe Pál Tamás stellt fest: »Die größte politische Innovation von Jobbik ist die Wiederaufnahme von ethnischen Fragen in ihre Agenda ... und der Versuch, das Feindbild (oder zumindest die Bedrohung) von den Juden auf eine andere ethnische Gruppe, die Roma, zu lenken.«

Diese Strategie ist zweifelsohne aufgegangen. Während sich der Antisemitismus auch jenseits der Jobbik hartnäckig im codierten Sprachgebrauch hält und sich gerade im Kontext der wirtschaftspolitischen Debatte als erschreckend elaboriert erweist, offenbart sich der Antiziganismus in alltäglicher Militanz. Die Jobbik-nahe Garde vereinnahmt seit 2007 ganze Dörfer mit ihren Aufmärschen, bei denen oft mehrere tausend Rechte im Pulk das lokale Geschehen aufmischen. Im nationalsozialistischen Dress der ungarischen Pfeilkreuzler (*Nyilaskeresztes*) versammeln sie sich vor den Häusern lokaler Roma. Als »Machtdemonstration« beschrieb 2009 Lídia H. Balogh, eine Absolventin der Budapester Central European University, die Präsenz der Rechten. Sie vergleicht dabei zwei Orte: An einem lief die Garde auf, am anderen nicht. Ihre Untersuchung geht der Annahme nach, dass sich dort, wo die Garde aufmarschiert, bestehende Spannungen weiter entfachen, über die Präsenz der rechten Massen hinaus verstetigen und das lokale Geschehen eintrüben. Während es ohne die Garde - trotz vergleichbarer lokaler Konflikte - nicht zu dieser Ereigniskette kommt.

Das düstere Gebaren der Garde machte in Windeseile selbst die abgelegensten Nester der ungarischen Provinz international bekannt. Inzwischen dürfte es schwierig sein, überhaupt noch einen Ort zu finden, an dem die Rechten noch nicht aufmarschiert sind. Obwohl bereits 2009 gerichtlich verboten, sind sie weiter ungestört aktiv. Mit immer neuen Namen - etwa als »Neue Ungarische Garde« (*Új Magyar Gárda*) oder »Bürgerverein Schönere Zukunft« (*Szebb Jövőért Polgárőr Egyesület*) - schikanieren die Rechten die Opfer ihres Hasses und provozieren zugleich, sichtlich vergnügt, den ungarischen Staat. Als bisheriger, trauriger Höhepunkt können die Geschehnisse im Ort Gyöngyöspata gelten, wo 2011 Gardenmitglieder über mehrere Wochen völlig ungestört das staatliche Gewaltmonopol außer Kraft setzten.

Als Reaktion auf jene unvergleichlichen Geschehnisse hat die Regierung Orbán die Versammlungsgesetze drastisch verschärft. Unter anderem kann die Mitgliedschaft in verbotenen Vereinigungen härter sanktioniert werden. Doch dem regen Treiben scheinen diese neuen Maßgaben keinen Abbruch zu tun. Als Beispiel dafür kann der diesjährige Geburtstag der Garde gelten. Ganz offiziell zelebrierten die GardistInnen und ihre SympathisantInnen im August das fünfjährige Bestehen mit einer Demonstration mitten in der Budapester Innenstadt, gekleidet im üblichen Dress, geschützt von der Polizei. Zwar war das Ereignis zunächst polizeilich verboten, dann aber doch erlaubt worden, nämlich durch ein Gericht, das das polizeiliche Verbot aufhob. Auf diese Weise konnte sich die verbotene Vereinigung ganz legal formieren und über den Pester Prachtboulevard zum prestigeträchtigen Heldenplatz bewegen.

Zeitgleich versammelten sich die Rechten auch in der Provinz, und zwar ganz ungestört im Ort Dunaföldvár - worüber Jobbik-Chef Vona auf seiner Facebook-Seite postete. Nach eigenen Angaben wurden dort 130 neue Gardemitglieder vereidigt. Die Polizei war mit bewusst gestreuten Falschinformationen ausgetrickst worden: 600 PolizistInnen warteten vergebens im falschen Ort. Die sozialliberale Tageszeitung *Népszabad-*

Hass un

ság, die die Jobbik-Performance mit nur einigen hundert Leuten in Budapest als misslungen einschätzte, bedauerte, dass die Partei dank des blamablen Polizeieinsatzes in der Provinz den Tag dennoch als Erfolg verbuchen konnte.

Die Geschehnisse rund um das Jubiläum sind nur ein Beispiel für die fortgesetzte Symbol- und Machtpolitik der militanten FaschistInnen, der substantiell nichts entgegensteht. Dass die nötigen rechtlichen Voraussetzungen dafür eigentlich gegeben wären, verleiht dem Umstand eine noch größere Tragweite. Schließlich werden damit Gesetze und Verbote überstrapaziert bzw. ausgehöhlt. So wurde im April 2012 die Aktivität in nicht- registrierten Bürgerwehren mit Geldstrafen von bis zu 100.000 Forint (fast 360 Euro) belegt, und im Mai folgte eine Gesetzesverschärfung, welche das Organisieren illegaler Bürgerwehrhandlungen mit einem Strafmaß von bis zu zwei Jahren Gefängnishaft bemisst. Doch faktisch hat sich dadurch nicht viel getan. Die rechtlichen Instrumentarien werden kaum oder gar nicht zur Anwendung gebracht. Eine schlechte Bilanz im Umgang mit den Paramilitärs, die offiziell vorgeben, unbewaffnet zu sein, weist jedoch nicht nur die Regierung Orbán auf. Auch die sozialistische Vorgängerregierung begegnete der rechtsstaatlichen Herausforderung mit wenig Bravour. So hatten sich während ihrer Amtszeit die penetranten Provokationen der Jobbik längst gesellschaftlich etabliert.

Auch wenn wiederkehrend über mögliche Spaltungen in Jobbik-Kreisen spekuliert wird, dem politischen Klima täten eben solche keinen Abbruch. Ohnehin gab es derartige Anlässe schon zur Genüge, ohne dass die Partei Schaden davon genommen hätte. Vonas Vorgänger Dávid Kovács etwa hatte die Partei bereits 2008 verlassen, weil er mit der zunehmenden Verzahnung von Garde und Partei nicht einverstanden war. Jüngst machte der Rauswurf des Europa-Abgeordneten Csanád Szegedis Schlagzeilen. Er hatte seine jüdische Herkunft verschwiegen und eingeweihte Mitglieder der rechten Szenemit Subventionszahlungen ruhig gehalten. Als alles aufflog – in rechten Kreisen munkelte man von einem »Coming out« verließ er die Partei.

Trotz solcher Vorkommnisse kann kein Analyst die politische Bedeutung der Partei in Abrede stellen. Selbst ihre schlechtesten Umfragewerte liegen bei mindestens 15 Prozent. Auch die Hasstiraden des geschassten Szegedi, der zum Beispiel die Sozialhilfe als »staatliche Zigeunerzüchtung« bezeichnete, werden weiter fortwirken. Überhaupt scheint sich die Rhetorik der FaschistInnen nicht zu verbrauchen. Das gilt insbesondere für das Gerede von der angeblichen »Zigeunerkriminalität«. Gerade dieser Slogan ist wohl am engsten mit dem rapiden Aufstieg der Partei verbunden. Mit ihrem antiziganistischen Jargon hat die Jobbik die Sprache des Vorurteils weiter kultiviert. Dabei instrumentalisieren die FaschistInnen immer wieder tragische Einzelereignisse, um den Hass gegen Roma anzustiften.

Diese Strategie offenbarte sich erstmals 2006, als im Ort Olaszliszka, wo ein Nicht-Roma, der einen Verkehrsunfall verursacht hatte, durch mehrere Roma brutal getötet wurde. Nicht nur in diesem Fall wurde, sich des klassischen Repertoires antiziganistischer Sinngehalte bedienend, ein Stereotyp umcodiert, wie die Journalisten Gregor Mayer und Bernhard Odehnal beschreiben: »Der neue Totschlag-Slogan [sic] vermengte den schrecklichen und spektakulären Einzelmord mit der den Roma zugeschriebenen Kleinkriminalität«. Die Erfolge dieser Dauerkampagne »gegen die Zigeunerkriminalität« halten bis heute an. Jüngstes Beispiel ist die Diskussion über die Vergewaltigung und Ermordung der 25jährigen Pécser Polizeipsychologin Kata Bándy im Juli 2012. Das Medienecho ist groß - der mutmaßliche Täter: ein Rom. Die Jobbik schlachtet die Geschichte aus.

Aber auch andere halten sich in diesem Fall nicht zurück, so etwa der eng mit Orbán befreundete Journalist Zsolt Bayer in der rechtskonservativen Tageszeitung *Magyar Hírlap*: »Sogar Millionen [weißer] Ungarn werden ausgeraubt, zusammengeschlagen, erniedrigt und umgebracht - tagtäglich - von den Zigeunern, die neben ihnen leben«, gibt ihn die Online-Presseschau *Budapost* wider. Darüber hinaus folgert Bayer, der Anfang Januar 2012 - unter dem Motto »Ungarn wird keine Kolonie werden!« die Massendemonstration gegen die EU mitorganisierte: »Wenn die Zigeuner-Community nicht selbst einen Weg findet, sich von dieser Mentalität zu

säubern, dann muss eine Vereinbarung gefasst werden, dass es unmöglich ist, mit ihr zu koexistieren.« All dies geschieht, obwohl, wie Medienberichten zu entnehmen war, die Eltern des Opfers ausdrücklich darum baten, ihre familiäre Tragödie nicht zu »politisieren«.

Ähnliches gilt für die Hinterbliebenen des 2009 in Veszprém von Mafia-Angehörigen niedergestochenen rumänischen Handballers Marian Cozma. Aber auch hier folgte - in bisher unvergleichbarem Ausmaße - der öffentliche Aufschrei: »Zigeunerkriminalität«. Selbst die erstinstanzliche Urteilsschrift des Gerichts ließ die ethnische Herkunft der angeklagten Täter verlauten, wie der Sportsender Eurosport meldete: Erst der Berufungs- richter monierte diesen Umstand im April 2012 und setzte zugleich die Strafen niedriger an. Statt zu zweimal lebenslänglich und einmal 20 Jahren verurteilte er die Männer zu zwei mal 18 Jahren und einmal acht Jahren.

Auch wenn der Fall Cozma nun gerichtlich abgeschlossen ist, so ist er öffentlich längst noch nicht besiegelt. Als Reaktion auf das seinem Vernehmen nach zu milde Urteil schaltete sich Justizminister Tibor Navracsics ein. Der Fidesz-Politiker wandte sich - *checks and balances* hin oder her - direkt an Péter Darák, den Vorsitzenden der Kurie, wie das höchste ungarische Gericht seit diesem Jahr wieder heißt. Das abgemilderte Urteil, lässt sich das Schreiben sinngemäß zusammenfassen, sei gesellschaftlich nicht vermittelbar. Das *Hungarian Helsinki Committee* (HHC), eine Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Budapest, kritisierte Navracsics Intervention als im Kontext der Gewaltenteilung höchst problematisch. Es sei schwierig, dessen Brief nicht als Maßnahme zu verstehen, mit der die Exekutive Druck auf die Judikative ausübe, schrieb die NGO an den Justizminister.

Dass HHC erinnerte Navracsics auch geflissentlich daran, dass die Richter nur dem Gesetz verpflichtet seien: »Die öffentliche Meinung ist bei der Beurteilung richterlicher Entscheidungen irrelevant. ... Gerade unter Berücksichtigung dessen, dass sich 68 Prozent der ungarischen Bevölkerung [grundsätzlich] für die Todesstrafe aussprechen«. Unbeirrt antwortete Navracsics der NGO, dass menschliches Verhalten nicht nur durch Gesetze, sondern auch durch Tradition, Moral und ethische Normen reguliert sei. Deshalb, so der Minister, »ist es notwendig, die Meinung und das Gerechtigkeitsgefühl der Gesellschaft zu berücksichtigen, wenn Gesetze gefasst und angewendet werden«. Wurden Gesetze ihr Ziel verfehlen, fühle er sich moralisch dazu verpflichtet, dies gegenüber relevanten Gremien aufzuzeigen. Die langwierige Schlammschlacht um jenes schwere Verbrechen ist damit in den höchsten Etagen angekommen. Die Jobbik bleibt sich unterdessen treu und spricht dem wahren Volkszorn aus der Seele: »Die Morde geschehen. Die Täter stammen zu 90 Prozent aus ein- und demselben soziokulturellen Milieu. Sprechen wir es aus: Sie sind Zigeuner. Die Opfer hingegen sind zu 100 Prozent Ungarn. Deshalb brauchen wir die Todesstrafe.« So zitierte der *Spiegel* jüngst einen Blog-Eintrag Vonas - im Hass wohl kaum steigerbar.

Dreh- und Angelpunkt des gegenwärtigen Antiziganismus bleibt somit die ethnisch zugeschriebene Kriminalität. Doch dahinter offenbaren sich zugleich viel umfassendere Dimensionen des Vorurteils. Ein Beispiel: Es gebe »Zigeunerkriminalität«, und diese sei eine Art von Kriminalität, um den Lebensunterhalt zu bestreiten; zudem seien Roma »als soziale Gruppe kollektivistisch, nahezu auf dem Level eines Stammes« im Vergleich zur individualistischen, ungarischen Gesellschaft. Das HHC gibt hier nicht etwa den Jargon der Jobbik wieder, sondern ein Statement Máté Szabós, des damaligen Parlamentarischen Ombudsmannes für Bürgerrechte. Für seine Aussagen im April 2009 entschuldigte er sich später, doch bis heute ist er im Amt. Inzwischen ist er als einzig verbliebener Ombudsmann mit den Grundrechten beauftragt - eigentlich als Anwalt aller UngarInnen, als Fürsprecher ihrer Bürgerrechte.

»Ein Sprung vom Hassvokabular der Rechtsextremisten in die Sprechweise und damit Wirklichkeitswahrnehmung breiter Kreise der Bevölkerung« kennzeichne die gegenwärtige Diskursdynamik, schreibt der Osteuropa-Forscher Wolfgang Aschauer im »Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2010«. Der Vorbehalt gegenüber Roma hat viele Facetten: verlauste Kinder, rachsüchtige Eltern, Selbstjustiz in der eigenen Community, parasitäres Sozialschmarotzertum und eine zu hohe Gebur-

tenrate - all diese gängigen Attribute speisen das Image der Roma, das die Mehrheitsgesellschaft entwirft. Die ungarische Sozialwissenschaftlerin Mariann Dósa schreibt: »Soziale Anomalien wie Dreck, Unordnung und Unhygiene werden Roma zugeschrieben ... und dienen dazu, abweichende Roma-Subjektivität herzustellen«. Und dieser Umstand habe sich mit dem EU-Beitritt Ungarns nochmals verschärft. Denn im Zuge dieser Orientierung gen Westen, habe sich für viele UngarInnen ein Selbstbild der »Rückständigkeit« ergeben, so Dósa. Zur Kompensation werde eine noch prägnantere Rückständigkeit in der Roma-Bevölkerung ausgemacht und zugleich gefürchtet.

Nicht nur in Ungarn bietet der Antiziganismus die Möglichkeit, sich durch den Blick nach unten auf den als »Zigeuner« Verschrienen selbst zu erhöhen. Das Vorurteil zieht eine klare Grenze zwischen Mehrheit und Minderheit und kaschiert dabei zugleich andere Hierarchien. Die AdressatInnen des Vorurteils werden deklassiert. Diese Deklassierung erfüllt eine spezielle Funktion gerade im Kontext zunehmender sozialer Ungleichheiten. Was für die von Aufstieg und Abstieg gezeichnete (post-)moderne Gesellschaft ganz allgemein gilt, gilt im Kontext der Wende-Transformation im speziellen: Auch wenn es viele VerlierInnen der Wende gibt, so behalten die als »Zigeuner« diskreditierten die rote Laterne. Antiziganismus ist gewissermaßen ein »Ticket« für die Mehrheit.

Die zuvor beschriebene Rhetorik läuft darauf hinaus, nicht nur die Vorbehalte anzustiften, sondern sie zugleich festzuschreiben, ja, sie zu kulturalisieren. Für den ungarischen Antiziganismus stellt Aschauer in seinen Analysen folgendes Schema fest: »Roma sind als solche anders, haben eine andere Kultur und sind innerhalb der problematischen Beziehung mit der Mehrheitsgesellschaft derjenige Teil, der eine Bringschuld hat«. Dem Vernehmen der Masse nach sei klar: ihr Verhalten, nicht etwa ihr Status, mache sie zur »underclass« der ungarischen Gesellschaft.

Die Roma werden unterdessen nicht nur abgeschrieben, sie werden degradiert und schikaniert. So wie die Sprache immer wieder einem kollektiven Rufmord gleichkommt, verlagern sich auch die antiziganistischen Praxen ins Extreme. Dabei erschöpft sich die Militanz nicht in Machtdemonstrationen, wie sie zuvor schon anhand der Gardeaktivitäten beschrieben wurden. So kulminierte in den Jahren 2008 und 2009 der Hass in einer Mordserie, bei der sechs Roma getötet wurden. Die inzwischen überführten vier Täter verwendeten Molotow-Cocktails und Schrotflinten, so etwa beim Doppelmord in Tatárszentgyörgy. Dort setzten sie im Februar 2009 ein Familienhaus in Brand und schossen dann den aus dem Feuer fliehenden Vater - sein fünfjähriges Kind im Arm - nieder.

Das *European Roma Rights Center* (ERRC) führt für den Zeitraum 2008 bis 2010 weitere 13, ganz ähnliche Gewalttaten an, die nach Annahmen der Polizei nicht von jenen Serientätern begangen wurden. Das ERRC bilanziert dabei mindestens zwei weitere Tote. Aber nicht nur diese rassistischen Tatbestände lassen aufhorchen, auch der behördliche Umgang mit ihnen: In Tatárszentgyörgy kam es erst auf Initiative der damaligen liberalen EU- Abgeordneten Viktória Mohácsi zu Mordermittlungen, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits eine 50-köpfige Polizei-Sonderkommision mit den Fällen betraut war. Als die von Mohácsi hinzugezogenen ErmittlerInnen des »Nationalen Ermittlungsbüros« (*Nemzeti Nyomozó Hivatal*) erschienen, hatten, laut NGO-Angaben, Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr den Fall schon als Gasexplosion abhaken wollen, für die sie die Familie sogar selbst verantwortlich machten. Zudem habe einer der anwesenden Polizisten auf Fußspuren uriniert und wie die anderen KollegInnen Patronenhülsen übersehen, welche die SonderermittlerInnen später sicherstellten.

Sachverhalte wie diese zeugen von handfesten Rassismen in staatlichen Gremien, Organen und im öffentlichen Leben. So griffen im Ort Patka im Juni 2008, Angaben des ERRC zufolge, Mitglieder der »Freiwilligen- Polizei« (*Polgarörség*), eine in ländlichen Gebieten Ungarns offiziell legitimierte und mit Gemeinde und Polizei kooperierende Bürgerwehr, mit sechs Molotow-Cocktails die Häuser dreier Familien an. Außerdem unterzeichnete die landesweite Polizeigewerkschaft TMRSZ im Mai 2009 ein Abkommen mit der Jobbik, in dem sie sich unter anderem für

die Wiedereinführung der Todesstrafe stark macht. Die Organisation trägt den vielsagenden Namen »Ungarische Polizeigewerkschaft Tatbereit« (*Tettrekész Magyar Rendörség Szakszervezete*) und vertritt mit ihren 5.000 Mitgliedern mehr als zehn Prozent der ungarischen Polizeibelegschaft.

Bezeichnend auch Folgendes: Der auf der Berlinale 2012 ausgezeichnete Film »Just the Wind« (im Original: »*Csak a szél*«) des ungarischen Regisseurs Benedek Fliegauf zeichnet die Zeit der oben geschilderten Mordserie nach. In einer der Schlüsselszenen stehen zwei Polizisten in einem von Schüssen durchlöcherten Haus einer ermordeten Familie. »Anständige Zigeuner zu töten, das versaut bloß die Message«, sagt der eine der beiden. Auf der Pressekonferenz des Films legten Vertreter der ungarischen Regierung Flugblätter aus, die zwar auch Details zu den Vorkommnissen enthielten, zuallererst aber den »fiktionalen« Charakter des Films betonten. Fiktion? Der Film zeigt neben der Gewalt vor allem die Alltäglichkeit des Vorurteils, etwa in einer Szene, in der ein Schulleiter zu der Putzfrau, die ihm direkt gegenübersteht, sagt: »Es stinkt nach totem Tier«. Die Frau ist Romni, der Mann nicht.

Szenen wie diese lassen nachfühlen, wie Roma im Alltag - ob in der Schule oder bei der Arbeit - diskriminiert werden, wie sie auf sich gestellt sind, wenn sie Opfer von rechtsextremer Gewalt werden, und wie sie aus den Siedlungen ausgeschlossen werden, in denen »echte Ungarn« wohnen. Dutzende *hate groups* auch jenseits der Garde heizen diese Routinen weiter an, provozieren Konflikte oder verleihen den schon bestehenden eine brutale Militanz. Sie verleihen dem Antiziganismus gegenwärtig ein unvergleichbares Alleinstellungsmerkmal im Feld abwertender Praxen, deren Ausmaße ohnehin schon erschreckend sind.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch beim Antisemitismus eine zunehmende Virulenz zu beobachten ist. Davon zeugen neue Schmierereien am Budapester Holocaust-Mahnmal, Schweinefüße an der Statue von Raoul Wallenberg, der viele ungarische Juden und JüdInnen vor der Deportation bewahrte, und Friedhofschändungen wie im Juli 2012 in Kaposvár. Im selben Monat war auch ein Flashmob vor dem Haus des in Budapest überführten Kriegsverbrechers László Csatáry organisiert worden. In dessen Folge veröffentlichte das rechtsextreme Internetportal *kuruc.info* die Kontaktdaten einzelner TeilnehmerInnen des Protests und setzte zugleich ein Kopfgeld aus. Mit den gleichen Methoden arbeiten auch andere Hetzportale wie etwa *deres.tv*. In kruder Manier promoten sie Antisemitismus wie auch Antiziganismus und Homophobie.

Nachdem sich 50 Mitglieder des US-amerikanischen Kongresses mit der Bitte an Orbán wandten, er solle sich gegen die antisemitischen Vorfälle positionieren, stritt dieser seine Verantwortung ab und verwies auf den in den USA befindlichen Server von *kuruc.info*, den man abstellen solle. Dieser sei das Zentrum des ungarischen Antisemitismus, so Orbán gegenüber der öffentlich-rechtlichen Nachrichtenagentur MTL. Ein solcher Umgang mit Antisemitismus scheint ähnlich unadäquat wie die Episode mit dem Berlinale-Flugblatt. Was ins Virtuelle oder Filmische verdrängt wird, bleibt erschreckend präsent. So wie die am Flashmob beteiligten AktivistInnen gegenwärtig bedroht werden, verlassen Roma inzwischen aus Angst ihr Herkunftsland oder sterben nachts im Kugelhagel. Fiktional ist daran nichts.

Die Aussagen Orbáns sind, ebenso wie das Flugblatt, das den Kopf des Ministeriums für Öffentliche Verwaltung und Justiz trägt und vom Staatssekretariat für Soziale Integration angefertigt wurde, nicht die einzigen Fälle, in denen Mitglieder der ungarischen Regierung mit relativierenden Aussagen irritieren. Auch Zoltán Kovács, Staatssekretär für Regierungskommunikation, sagte bei einem Besuch in New York im Mai 2012: »Nach unserer Ansicht gibt es keine Diskriminierung gegen Roma in Ungarn«.

beide Texte geklaut aus:
„**Mit Pfeil, Kreuz und Krone**. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn“. 2013. Unrast erlag

Es ging nie nur um 20 centavos

Die brasilianische Protestbewegung bietet ein widersprüchliches Bild

Am 20. Juni erlebte Brasilien die stärksten Proteste seit den Demonstrationen für die Amtsenthebung des damaligen Präsidenten Collor de Mello im Jahr 1992. Doch die Zielrichtung der Proteste ist nicht eindeutig: Während vor allem Demonstrierende des linken Spektrums klare Sachthemen vertreten, gibt es Versuche der Vereinnahmung aus dem rechten Lager. Eine Reportage aus Rio de Janeiro.

Auf den Hintertreppen des Instituts für Philosophie und Sozialwissenschaften (IFCS) schaut eine Gruppe Obdachloser vom Abendessen auf. Sie verspeisen die Reste des Mittagsbüffets, das die umliegenden Restaurants wochentags um diese Zeit vor die Türen stellen. Blaue Stunde im Zentrum von Rio de Janeiro. Geschäfte verschwinden ratternd hinter metallenen Rollgittern, Stöckelschuhe klappern hastig über die Pflastersteine, vorbei an den heute verwaisten Feierabendbars. Deutlich belebter ist dafür der vor dem Unigebäude gelegene Platz, Largo de São Francisco de Paula. „Produktiver" müsste es eigentlich heißen, denn wer hier vorbeikommt, wird unweigerlich aufgesogen von einer Montagebanddynamik.

Ankommen, bekannte Gesichter finden, sich umarmen, Plakate malen, rauchen, Plakate geschenkt bekommen, Essigflaschen umfüllen, SMS schreiben, noch eine Umarmung. Die meisten, die sich hier zum Demonstrieren treffen, sind Studierende, aber auch ein paar ältere Semester und Aktivist_innen sind zu sehen. Sie alle winden sich nach und nach zu einer umgedichteten Version von „Oops Upside your Head" durch eine Seitenstraße zur Avenida Presidente Vargas. Vom Refrain ist nur das Wort „revolução" zu verstehen. Partystimmung. In den Fenstern des IFCS blitzen Photoapparate. Niemand ahnt, dass dieses Gebäude in nur fünf Stunden mit Tränengasgranaten beschossen werden würde, um die verbleibenden Protestierenden auszuräuchern.

Landesweit waren an diesem 20. Juni in Brasilien mehr als eine Million Menschen auf den Straßen. Seit den Demonstrationen für die Amtsenthebung von Präsident Fernando Collor de Mello im Jahr 1992 war dies die größte politisch motivierte Mobilisierung der jüngeren Geschichte. Doch während vor 21 Jahren die Arbeiterpartei (PT) und die Gewerkschaften die Proteste mit ihren roten Fahnen anführten, kam das bunte politische Farbspektrum diesmal fast ohne das klassische Kolorit der institutionellen Linken aus. Der PT ist der Kontakt mit der Straße abhanden gekommen, waren sich die Pressekommentare einig.

Zehn Tage zuvor hatte die Passe-Livre-Bewegung (MPL) ihre Kundgebungen organisiert, die sich gegen die Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr um 20 brasilianische Centavos (rund acht Euro-Cents) richteten. „Doch auch wenn MPL zweifellos den Funken für die jetzigen diffusen Proteste geliefert hat, wird übersehen, dass es uns nie um zwanzig Centavos ging, sondern um eine gänzlich kostenlose Nutzung der Nahverkehrsmittel", sagt Elisa, eine linke Aktivistin, in deren Hausprojekt in São Paulo jahrelang die Transparente der auf dem Weltsozialforum 2005 gegründeten MPL gelagert wurden.

Ganz neu war diese Forderung nicht, sondern eher „eine autonome Aneignung des Nulltarif-Konzepts der ehemaligen sozialistischen Bürgermeisterin São Paulos, Luíza Erundina, aus dem Jahr 1990, das durch eine großangelegte Steuerreform finanziert werden sollte", beschreibt Elisa die Flugbahn einer politischen Idee, die viele bis heute für „utopisch" halten. Patricia, eine Bühnenbildnerin, die für die Produktion von Telenovelas zwischen Rio und São Paulo pendelt, spürt zwischen ihren Arbeitskollegen und -kolleginnen wenig Begeisterung für einen radikalen Wandel im Nahverkehr. „Außer mir fährt niemand Bus und Bahn, sie verschulden sich lieber für einen Autokauf" meint sie. Den massiven Zulauf zu den Demonstrationen erklärt sie sich deshalb eher als Reaktion auf das brutale Vorgehen der Polizei gegen einen am 13. Juni vom MPL angeführten Demonstrationszug in São Paulo und „dem Bedürfnis, eine diffuse Unzufriedenheit zu artikulieren, die wenig mit Busfahren zu tun hat."

Diesen Frust brachten viele Menschen an den kommenden Tagen zu den Pro-

testmärschen mit. Die Forderung für Reformen im Nahverkehr wurde zu einer unter vielen. Die Angebote der Bürgermeister von Rio und São Paulo, die eingeführten Fahrgelderhöhungen rückgängig zumachen, verpufften, auch wenn die Realo-Fraktion der MPL den Etappensieg feierte. Alexandre, ein MPL-Mitbegründer aus der nordöstlichen Provinzhauptstadt Fortaleza, äußerte sich dazu kurz nach Bekanntwerden des Angebots der lokalen Regierungen in einer Mailingliste von *Indymedia*. Viel wichtiger sei es, nachhaltige Alternativen zu Kürzungen im Gesundheitswesen aufzuzeigen, mit Hilfe derer die Bürgermeister_innen der Metropolen die wieder eingeführten Subventionen für private Busunternehmen finanzieren wollten. Doch Transparente wie „Klarheit über die Gewinne der privaten Busunternehmen" sind in Rio an diesem Donnerstag eine Seltenheit. Viele Plakate greifen dagegen einen von der Menschenrechtskommission des Abgeordnetenhauses vorbereiteten Beschluss an, der in der Presse als „Schwulenheilung" bekannt wurde. „Liebe ist unheilbar" ist deshalb ein virales Thema der Demo, auch gern variiert als „Mein Arsch gehört mir, Felicianus!". Marco Felicano heißt der evangelikale Pastor und Kongressabgeordnete, der diesem Menschenrechtsausschuß derzeit vorsteht. Gefordert wird, Marihuana zu legalisieren, den Bau des Belo-Monte-Staudamms zu stoppen oder mehr Geld für das Bildungs- und Gesundheitswesen anstatt für sportliche Mega-Events aufzuwenden – all dies sind häufig gepinselte Forderungen. „Starken Zuwachs haben aber auch Botschaften, die direkt die Regierung angreifen oder gegen die politische Klasse und Parteien wettern" analysiert Paula, eine der wenigen Aktivist_innen der Landlosenbewegung MST, die heute zu sehen sind. Sie äußert Unbehagen über die zunehmende Vereinnahmung der Demonstrationen durch die politische Rechte. „Sie versuchen die Massenproteste als Regierungskrise umzudeuten", meint Paula. „Doch ich bin nicht davon überzeugt, dass die Menschen eine andere Regierung wollen. Sehr wohl erwarten sie jedoch, von der gewählten PT gehört zu werden, sowie eine andere Politik."

Der amtierende Bürgermeister von Rio, dessen zentralistische Partei Teil der Regierungskoalition ist, zeigt sich an diesem Abend jedoch wenig gesprächsbereit. Bereits einige Blocks vor dem Rathaus stehen Spezialeinheiten und Reiterstaffeln bereit, um die hunderttausenden Protestierenden zu empfangen, die auf mehreren Kilometern die Avenida Presidente Vargas füllen. Die lange Zeit ausgelassene und friedliche Stimmung schlägt um, als Polizeieinheiten aus den Seitenstraßen Gasgranaten in die Menge feuern. Als die Straßenbeleuchtung ausfällt, bricht Panik aus. Mit „Nicht rennen, nicht rennen"-Sprechchören gelingt es, wieder etwas Ruhe herzustellen. Da niemand der Militärpolizei in die Arme laufen will, trotten die meisten lieber langsam den Weg zurück in Richtung Stadtzentrum. Doch auch im Demonstrationszug wird die Stimmung ungemütlicher. Kahl geschorene Muskelpakete mit freiem Oberkörper lassen unappetitliche Tattoos Marke Eisernes Kreuz oder Pitbull sehen. Parteien wie die sozialistische P-SOL berichteten in den vergangenen Tagen immer wieder von Übergriffen solcher Gestalten oder gemäßigter Nationalisten. Die MPL in São Paulo verkündet insbesondere auf Grund der rechten Angriffe noch am selben Abend ihren Abschied von den Demonstrationen, „vor allem weil wir uns nicht länger mit den wahllosen bis konservativen Forderungen vieler Demonstrierender gemein machen wollen" rechtfertigt Alexandre aus Fortaleza diese Entscheidung später. Paula und ihre Freundinnen finden zudem, dass die Zahl an „Zivilbullen" auf öffentlichen Veranstaltungen in den vergangenen drei Jahren stark gestiegen sei – „wohl auch eine Art WM-Vorbereitung" Ebenso indigniert sind sie über das wiederholte Absingen der Hymne und die vielen Brasilienfahnen, die heute geschwenkt werden.

Eine vorbeilaufende Gruppe kommentiert aufgeregt, dass das private TV-

Netzwerk *Globo* die Ausstrahlung ihrer Telenovelas unterbrochen hat, um live von den Demonstrationen zu berichten. Das gab es noch nie. Außerdem bestand die journalistische Linie von *TV Globo* zu Beginn der Proteste vor allem darin, diese zu delegitimieren und ein hartes Durchgreifen zu fordern. Daraufhin trauten sich die Reporter des Senders nur noch ohne Logo auf die Straße. Die Leitung veröffentlichte schließlich einen offenen Brief, um explizit ihren Rückhalt für eine demokratische Ordnung zu versichern, nicht ohne Grund. Einzelne Sprechchöre erinnern immer wieder daran: „Globo unterstützte die Diktatur“, von 1964 bis 1984 – und vielleicht eben auch ein bisschen länger.

Links und rechts gehen jetzt immer häufiger Scheiben zu Bruch, Ampeln werden umgestürzt. Die Lage wird unübersichtlich. Paula liest uns eine Tweet vor. Nur wenige Blocks entfernt sollen gepanzerte Fahrzeuge im Einsatz sein.

Die Detonationen der Gasgranaten werden häufiger und lauter, die Demonstrierenden auch. „Es wird keine WM geben“ skandieren sie oder „Das ist kein Vandalismus, sondern Revolte“. An einzelnen Straßenecken brennen Mülleimer oder kleinere Barrikaden, die eher an Lagerfeuer erinnern. Die Militärpolizei hatte bereits Stunden vorher die allgemeine Empfehlung ausgegeben, besser Zuhause zu bleiben, weil Spezialeinheiten gegen „Vandalen und Plünderer“ vorgehen würden.

Die wachsende Minderheit derer, die vor unseren Augen gerade Bushaltestellen und Fenster zerlegen, werden später von der Linken etwas zu pauschal als „infiltrierte Unruhestifter“ abgetan. Die meisten Unbeteiligten, die sich zu diesem Zeitpunkt in der Straßenmitte zusammendrängen und nach einem sicheren Ausweg suchen, verlieren die Nerven, als die schwer gepanzerten *Caveirão*-Wagen der Aufstandsbekämpfung auf der Avenida auftauchen. Wer hier gerade noch Steine geworfen hat und wer nicht, ist nun hinfällig, alle werden zu Gejagten. Erneut wird auch von scharfen „Kriegswaffen“ Gebrauch gemacht, ein Vorgehen, dass der frühere Polizeioffizier und Soziologe Rodrigo Pimentel als „desaströs“ bezeichnet, da diese doch bitte schön „nur in Favelas“ und nicht in einem „Urbanen Ambiente“ eingesetzt werden sollten.

Durch Seitenstraßen hasten wir vor und immer wieder zurück, wenn Schüsse oder Explosionen zu hören sind. Angst beherrscht die Gesichter. Streit darüber bricht aus, wohin wir als nächstes rennen sollten. In den Verschnaufpausen materialisieren sich surreale Erscheinungen. Ein Pritschenwagen, auf dem drei Männer in blauen Overalls mit neuen Fensterscheiben auf ihren Arbeitsbeginn warten, eine Baustelle des Urbanisierungsprogramms „Porto Maravilha“ – „Wunderbarer Hafen“, hinter dessen vergittertem Eingang grinsende oder offene Münder unter gelben Plastikhelmen hervorlugen. Dann, an einem Marinestützpunkt am Hafen, plötzlich völlige Stille. Viele der hier Vorbeikommenden bleiben erschöpft stehen oder liegen. Ein großer Fehler, nur fünf Minuten später kesseln Uniformierte den Platz ein.

Zu diesem Zeitpunkt haben wir es mit einer Gruppe weiterer Demonstrierender geschafft, einen Bus zu stoppen. Drinnen ist es unerträglich heiß, doch wegen des Tränengases bleiben alle Fenster geschlossen. Essigflaschen werden herumgereicht, um das Atmen zu erleichtern. Auf den Monitoren im Bus sind Reisetipps des Tourismusministeriums zu sehen. Die einzige dazwischengeschaltete Nachricht löst einen kollektiven Hustenanfall aus. Kanada führt ein Vermummungsverbot auf Demonstrationen ein.

Der Fahrer muss die Route ändern, in den südlichen Teil der Stadt ist wegen der Polizeieinsätze gerade kein Durchkommen mehr. Alle klatschen und jubeln, als wir den zentralen Busbahnhof erreichen. Im Food Court sitzen bereits mehr Demonstrierende als Reisende; in Gruppen verfolgen sie auf Smartphones weiter, was auf den Straßen geschieht. So erleben wir mit, wie Studierende, be-

gleitet von einer Gruppe solidarischer Anwälte, den IFCS-Campus verlassen. So erfahren wir vom Tod eines Demonstranten, der in São Paulo überfahren wurde. Danach beginnen die Debatten. Was wird die Regierung sagen? Wie werden die Demonstrationen weitergehen?

Während die Präsidentin mit einer Stellungnahme auf sich warten lässt, gehen die Proteste weiter. In Campinas kommt es zu Straßenschlachten, in Belo Horizonte demonstrieren 60 000, in Rio wird der Wohnsitz des Gouverneurs Cabral, gelegen am schnieken Stadtstrand von Leblon, von Demonstrierenden belagert.

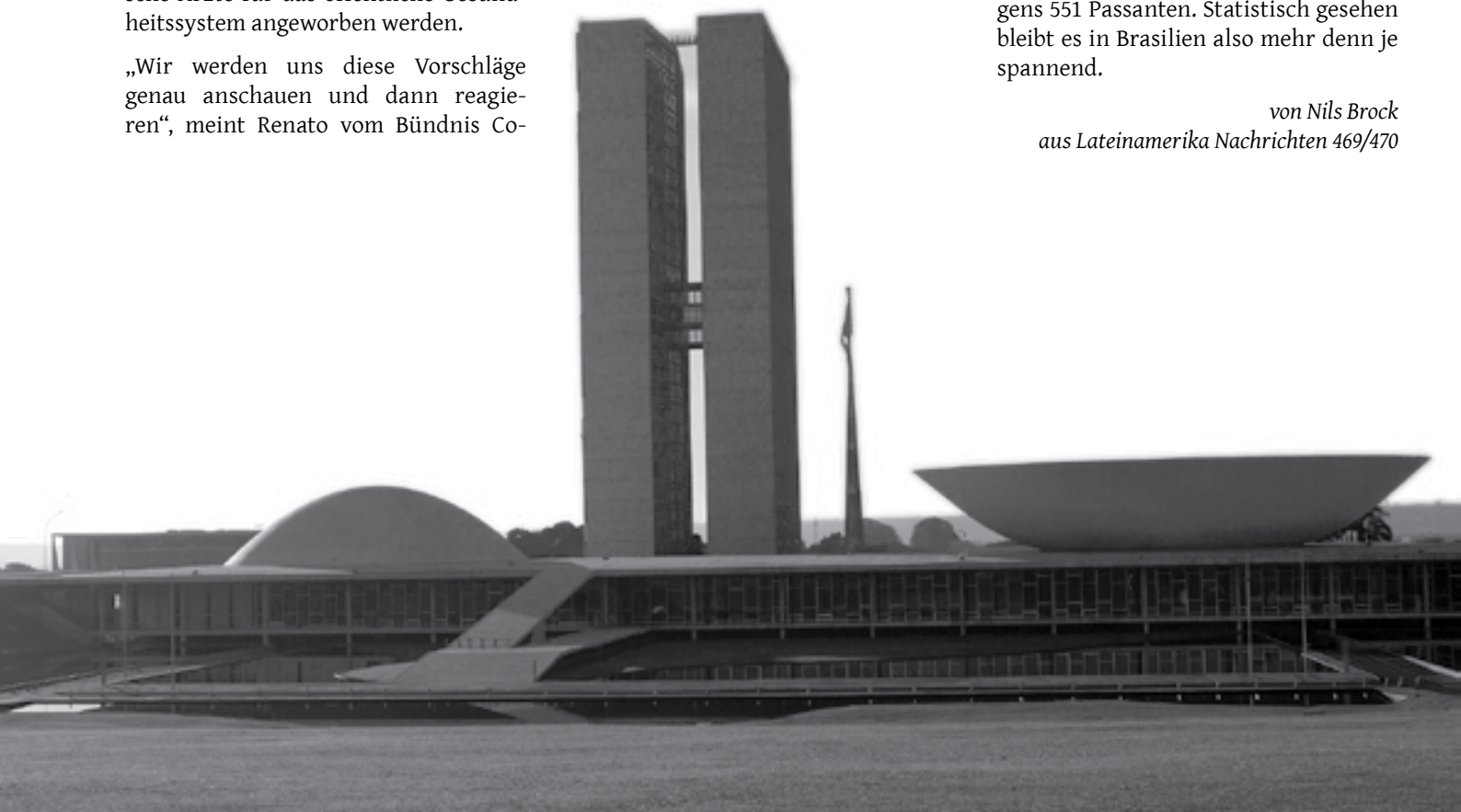
Erst am späten Freitag Abend kommt dann die lange erwartete Fernsehansprache. Dilma Rousseff lobt die friedlichen Demonstrierenden für ihr Engagement und erinnert daran, dass ihre Generation in Zeiten der Diktatur dafür kämpfte, „dass die Stimme der Straße gehört würde“. Den Protestierenden verspricht die Präsidentin einen „Nationalen Plan Urbaner Mobilität“ zu erarbeiten, der kollektive Transportmittel privilegieren wird. Darüber hinaus sollen die künftigen Erlöse aus der Erdölförderung zu 100 Prozent in das Bildungswesen investiert und ausländische Ärzte für das öffentliche Gesundheitssystem angeworben werden.

„Wir werden uns diese Vorschläge genau anschauen und dann reagieren“, meint Renato vom Bündnis Comitê Popular Rio Copa e Olimpíadas, das die Vorbereitung der sportlichen Großereignisse mit kritischen Interventionen begleitet. In Belo Horizonte und São Paulo formierten sich am vergangenen Wochenende Stadtteilkomitees, um ein weiteres gemeinsames Vorgehen zu beraten. In Fortaleza wird einmal mehr über Sinn und Unsinn eines riesigen Aquariumbaus am Strand von Iracema debattiert und auf „Generalversammlungen wollen wir die Facebook-Debatte ein bisschen vertiefen“ sagt Alexandre. „Besonders die Auseinandersetzung mit der Piquetero-Bewegung in Argentinien oder M15 in Spanien erscheint mir wichtig, um auch in Brasilien neue Organisationsformen zu finden.“

Die landesweite Vertretung der MPL erklärt derweil ihren Rücktritt vom Rücktritt und verspricht, auch weiterhin mit linken Gruppen und Strömungen zusammenzuarbeiten und Aktionen zu organisieren. „Ein wichtiges Thema wird sein, wie sich politisches Sektierertum vermeiden lässt“, meint Elisa. Auch die Bekämpfung der extremen und gemäßigten Rechten sei wichtig. „Es sind spannende Prozesse. Nach dem Regierungsantritt der PT im Jahr 2003 ließ die Mobilisierung vieler sozialer Bewegungen nach, sie wurden in gewisser Weise Teil der Regierungskoalition. Wir werden sehen, wie sie sich jetzt positionieren.“ Auch die Studierendenorganisationen, die eine wichtige Kraft, zugleich aber sehr parteipolitisch gebunden seien, würden stärker in Erscheinung treten, ist sich Paula vom MST sicher. Zuvor hofft sie jedoch auf rege Beteiligung an der „Roten Wellen“, einer gemeinsamen Demonstration von Arbeiterpartei PT, Landlosenbewegung MST und Gewerkschaften, die am 27. Juni die amtierende Regierung vor all zu harscher Kritik aus dem rechten Lager schützen soll. „Ich denke nicht, dass im heutigen Brasilien ein Putsch Erfolg hätte“, sagt Paula, „aber ein Amtsenthebungsverfahren ist eine reale Gefahr“.

Meinungsumfragen der Zeitung Folha de São Paulo bemühen sich bereits darum, die anhaltenden Proteste auf ihre Weise zu instrumentalisieren. Der Durchschnittsdemonstrierende sei parteilos, habe einen höheren Bildungsabschluss, sei dem politischen Zentrum zuzurechnen, gegen einen kostenlosen Nahverkehr und vor allem auf der Straße, um gegen die Korruption zu protestieren. Befragt wurden für die Erstellung dieses „Profils, das aufdeckt, wie die Demonstrierenden denken“ übrigens 551 Passanten. Statistisch gesehen bleibt es in Brasilien also mehr denn je spannend.

von Nils Brock
aus Lateinamerika Nachrichten 469/470



Warum auf Wahlen setzen?

Tunesien: Die islamistische Regierungspartei En-Nahda und die Angst davor, die einmal errungene politische Macht wieder zu verlieren

Die Unkenrufer und besserwisserischen Propheten, die es angeblich schon immer hatten kommen sehen, „dass es zu nichts führt“, haben Unrecht behalten. „Auf den arabischen Frühling folgt der tiefe islamische Winter“, tönte es aus manchen Kreisen immer wieder - und oft war die pessimistische Prognose nur als Rechtfertigung für das eigene Zurücklehnen im Sessel dienlich. Aber es kommt anders: Anderthalb Jahre nach ihrer Wahl hat die tunesische, von Islamisten geführte Regierung in Tunesien massive Probleme, nachdem jene in Ägypten aus dem Amt gedrängt wurden. Revolutionen verlaufen eben nie linear, sondern in Phasen und Etappen, wie etwa jene nach 1789. Steht etwa die zweite Stufe oder „die zweite tunesische Revolution“ bevor?

Eine verfassungsgebende Versammlung, die längst ihr Mandat überschritten hat und in den Augen vieler zunehmend illegitim wird. Ein provisorisches Parlament, das allmählich auseinanderfällt und von einem Teil seiner eigenen Abgeordneten per Sitzblockade belagert wird. Eine Regierungskoalition, die einen ersten Ministerrücktritt verzeichnet und der es allmählich Angst und bange wird - vom Rückgriff auf den verschärften Ausnahmezustand bis zum Einbinden zusätzlicher politischer Opportunisten, die dazu bereit wären, wird fast jedes Mittel erwogen.

Massive Polizeigewalt gegen Demonstranten, die seit Tagen vor dem Sitz des provisorischen Parlaments - die den Sprecher einer Polizeigewerkschaft erklären lässt, es gebe keinerlei offiziellen Befehl, und die Einheiten wüssten anscheinend selbst nicht, welchen Direktiven sie gehorchten.

So stellt sich die derzeitige Situation nicht in einem notorischen Bürgerkriegsland dar, sondern im relativ beschaulichen Tunesien. Unmittelbarer Anlass für die aktuelle Zuspitzung der innenpolitischen Auseinandersetzungen dort ist natürlich der Mord an dem Oppositionspolitiker Mohamed Brahmi vom vergangenen Donnerstag. Dem Rechtsanwalt war keine Chance geblieben: Gleich 14 Kugeln wurden auf ihn abgefeuert, elf davon bohrten sich in seinen Unterleib. Es handelt sich bereits um den zweiten Mord an einem Aktivisten der linksnationalistischen Opposition nach jenem an dem Anwaltskollegen und Abgeordneten Chokri Belaïd vom 6. Februar dieses Jahres.

Salafisten hinter dem Mord?

Allgemein werden die beiden Morde islamistischen Extremisten aus der Strömung der Salafisten zugerechnet, aber zugleich wird die Frage der „Hintermänner“ gestellt, da die aufwändige Vorbereitung der Morde nicht von „dschihadverliebten“ Kleingruppen allein bewerkstelligt worden sein kann. Die Familie Brahmis - wie auch jene von Chokri Belaïd - beschuldigt die stärkste Regierungspartei, die islamistische Formation En-Nahdha („Wiedergeburt“), die im Bündnis mit einer sozialdemokratischen und einer liberal-nationalistischen Kleinpartei regiert.

Dazu besteht eine Gegenthese, die lautet, En-Nahdha könne kein Interesse daran haben, da die Morde ihr politisch schaden. In Frankreich wird diese Gegenthese derzeit durch den Politologen Vincent Geisser vertreten, aber auch in einem Leitartikel der liberalen Pariser Zeitung Le Monde. Die These dürfte ihren gemeinsamen Ursprung bei beiden Quellen bei dem aktuellen tunesischen Staatspräsidenten Moncef Marzouki finden, dessen liberal-nationalistische Kleinpartei CPR („Kongress für die Republik“) mit der weitaus stärkeren En-Nahdha seit Ende 2011 koaliert.

Vincent Geisser ist Autor eines gemeinsamen Buchs mit Marzouki, das auf Interviews mit dem früheren Menschenrechtsaktivisten beruht, und Le Monde hatte zugleich mit dem Erscheinen des Leitartikels ein sehr ausführliches Interview mit Marzouki abgedruckt. Der Politiker, der natürlich auch seine Koalition retten möchte, geht davon aus, dass eher solche Kräfte hinter den Attentaten steckten, die die derzeit Regierenden „destabilisieren“ möchten.

Aggressive Rhetorik

Seine These, die notwendig auf der Annahme basiert, die Anführer von En-Nahdha folgten vorwiegend (zweck) rationalen Kalkülen etwa machttaktischer Art, ist dennoch unzureichend. Sie vermag nicht zu erklären, warum erst in den Tagen vor dem letzten politischen Mord Spitzenleute von En-Nahdha zu einer aggressiven Rhetorik griffen, die ihnen Vorwürfe der Mordhetze eintrug. Ihr Fraktionsvorsitzender im provisorischen Parlament, Sahbi Atig, rief am 13. Juli bei einer Kundgebung auf einem öffentlichen Platz in Tunis aus, „das tunesische Volk“ sei im Recht, „notfalls das Blut jener zu vergießen, die die Legitimität in Frage stellen“.

Dieser Begriff, la légitimité - also sinngemäß: die Rechtmäßigkeit der derzeit Regierenden - ist in den letzten Wochen zu DEM Schlüsselwort in der Rhetorik der „Nahdhaouis“, der Anhänger von En-Nahdha, geworden. Damit bezeichnen sie die Vorstellung, man sei ja in ordentlichen Wahlen vom Volk gewählt worden - und deswegen sei es eine unzulässige Vorstellung, das Recht der derzeit Koalierenden auf Weiterregieren in Frage zu stellen. Die Sache hat nur eine Krux: Die Assemblée nationale constituante (verfassungsgebende Nationalversammlung), wie das vorläufige tunesische Parlament offiziell heißt, ging am 23. Oktober 2011 aus tatsächlichen freien und korrekten Wahlen hervor.

Die Massenbewegung, die Armeespitze und das Lager um die Muslimbrüder

Allerdings wurde es dabei nur mit einem einjährigen Mandat ausgestattet: Es sollte, so lautete sein Auftrag, eine neue Verfassung für die Zeit nach der Diktatur des im Januar 2011 gestürzten Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali entwerfen - und sich danach selbst

auflösen, um Neuwahlen den Weg freimachen. Auch über neun Monate nach dem Ende dieses damals erteilten Mandats sind derzeit weder eine Auflösung des provisorischen Parlaments noch Neuwahlen in Sicht. Auch ist noch keine Verfassung verabschiedet, und das Vorhaben stieß u.a. wegen der für andere Kräfte unakzeptablen, oft ideologisch motivierten Forderungen von En-Nahdha - die Partei hat eine relative, aber keine absolute Sitzemehrheit mit rund 40 Prozent der Mandate - immer wieder auf Widerstände und Ablehnung. Ein Kompromiss fand sich bislang nicht.

Auch in Tunesien hat sich das Verhältnis zwischen unterschiedlichen Kräften angespannt und polarisiert, seitdem in Ägypten mindestens drei Akteure mit je unterschiedlichen Interessen - die Massenbewegung, die Armeespitze und das Lager um die Muslimbrüder - miteinander ringen. Die linke tunesische „Volksfront“ forderte unter dem Eindruck der erfolgreichen Bewegung gegen Präsident Mohammed Morsi, die am 3. Juli dessen Sturz erreicht hatte, den Rücktritt der Regierung im eigenen Land und die Auflösung des provisorischen Parlaments.

Auch die erheblich weiter rechts stehende laizistische Oppositionspartei Nidaa Tounès, die neben bürgerlichen Kräften auch solche des alten Regimes umfasst, erhob dieselbe Forderung. Die „amtierende konstituierende Versammlung“ war im Oktober 2011 aus freien Wahlen hervorgegangen, war damals allerdings offiziell nur mit einem einjährigen Mandat ausgestattet worden, um eine neue Verfassung zu schreiben. Letztere wird soeben seit dem 1. Juli dieses Jahres in der Versammlung debattiert, laizistische Oppositionskräfte beklagen jedoch schwere Mängel an dem Verfassungsentwurf und Gummiformulierungen, die autoritäre Interpretationen zumindest ermöglichen. Auch von Human Rights Watch kam heftige Kritik, ebenso wie vom Europarat.

Tamarod in Tunesien

Unterdessen gibt es auch in Tunesien eine Bewegung Tamarod (Rebellion), die nach dem ägyptischen Vorbild benannt wurde, jedoch weniger Unterschriften als diese gegen die amtierende Regierung sammelte - vergangene Woche waren es angeblich bereits 800.000. Ihre Mitglieder wurden in jüngster Zeit mit Morddrohungen konfrontiert.

Ex-Premierminister Hamadi Jebali von En-Nahdha giftete gegen sie: „Die Masken der Putschisten sind gefallen!“ Die En-Nahdha nahe stehenden „Ligen zum Schutz der Revolution“ forderten ihrerseits „die Auflösung aller Parteien, die gegen die legitime Führung komplottieren“. Die Partei En-Nahdha rief am 7. Juli und am 16. Juli zu Kundgebungen für den abgesetzten ägyptischen Präsidenten Morsi auf. Und die Webseite der ägyptischen Zeitung Al-Ahram wurde in Tunesien für Internet-User unzugänglich gemacht.

Aufschub, statt Wahlen

In diesem generellen Kontext scheinen die tunesischen Islamisten in erster Linie von einer panischen Angst beherrscht, die einmal errungene politische Macht wieder zu verlieren, nachdem sie Jahrzehnte lang in der Opposition gestanden hätten. Während ihre Anführer sich zum Teil die Proteste gegen sie mit Hilfe verschwörungstheoretischen Unfugs erklären - der Parteichef von En-Nahdha, Rached Ghannouchi, sah angeblich „Israel“ hinter den tunesischen Protesten der vergangenen Tage als Drahtzieher -, sind einige von ihnen offenkundig bereit, auch noch zu ganz anderen Mitteln zu greifen.

Wenn alsbaldige Wahlen, aufgrund ihres bislang jämmerlichen Versagens bei der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen, der En-Nahda nichts Positives zu versprechen scheinen - warum dann auf Wahlen setzen? Und nicht auf eine harte Polarisierungsstrategie, die in einem bürgerkriegsähnlichen Klima erst einmal für einen Aufschub sorgt, sowie für eine belagerungsähnliche Mentalität bei den eigenen Anhängern? Denn die Illusionen vieler Wähler, die sich von den Islamisten aufgrund ihrer Anrufung religiöser Werte „mehr soziale Gerechtigkeit“ versprochen hatten, sind verflogen.

Und auch die angestrebte, ideologisch motivierte Änderung der Mentalität der tunesischen Bevölkerung hat bislang nicht funktioniert. En-Nahdha hat die Biersteuern verdreifachen lassen, um durch drastische Preiserhöhungen vom Alkoholkonsum abzuschrecken - doch prompt hat sich der Alkoholverbrauch in Tunesien noch erhöht. Wie die islamistische Regierungspolitik, hat auch ihre Ideologie in breiten Kreisen abgewirtschaftet.

Ideologie und Ressentiments

Nicht alle Kader der Islamisten gehen gegenüber solchen Bedrohungen nur (zweck)rational vor. Ein Teil von ihnen ist dabei offensichtlich derart in Ideologie und Ressentiments verfangen, dass sie offenbar in jeder Hinsicht an ihr gutes Recht glauben. Zudem sind, aus ideologischen Gründen, bei einigen Unterströmungen der Regierungspartei En-Nahdha die Übergänge in als extremistisch geltende Milieus fließend. Nehmen wir z.B. den Gouverneur der, als religiös geltenden, Stadt Kairouan: Abdelmajid Laghouen. Ihn wählte im April 2012 die regierende En-Nahdha aus.

Im Juli dieses Jahres machte er öffentlich dadurch auf sich aufmerksam, dass er eigenhändig auf den Vorsitzenden eines örtlichen Menschenrechtsvereins einprügelte. Im Mai hatte er dagegen den geplanten - und dann, unter massivem Druck der Öffentlichkeit, polizeilich verbotenen - Kongress der Jihadistengruppe Ansar Al-Charia („Anhänger Scharia“) in seiner Stadt noch mit freundlichen Augen willkommen geheißen: Der sei doch förderlich für die örtliche Gastronomie.

Warum Mohamed Brahmi?

Aber warum, so fragen manche, traf es mit dem jüngsten Mord ausgerechnet den Anwalt und linksnationalistischen Politiker Mohamed Brahmi? Die Antwort liegt in dessen - durchaus fragwürdigen - Positionierungen insbesondere zu Syrien. Zum dortigen Konflikt bestehen in Tunesien ziemlich verquere Fronten: Während ein Teil des säkular-nationalistischen Lagers mal verschämt, mal offen zu Baschar Al-Assad hält - sein Regime sei ein säkulares Bollwerk gegen „Imperialisten und Islamisten“, wie die Golfstaaten -, profilieren sich En-Nahdha wie auch Islamisten mit Solidaritätsarbeit für die syrische Opposition.

Das in Syrien „regierende Folterregime“ ist in ihren Augen eine Art neues „Reich des Bösen“, und die Agitation zu dem Thema stellt sogar die langjährige Palästinaagitation in den Schatten - wahrscheinlich rund 2.000 islamistische Militante aus Tunesien kämpfen derzeit in Syrien. Dies hat allerdings auch damit zu tun, dass die Finanziers und Sponsoren von En-Nahdha und Salafisten - erstere sitzen eher in Qatar, zweitere in Saudi-Arabien - in ihrer Außenpolitik stark gegen Syrien mobil machen. Nicht so sehr, weil sie einen Sieg der Demokratiebewegung wünschen; im Gegenteil, denn eine erfolgreiche Demokratisierung in arabischen Ländern droht auch ihre Untertanen auf dumme Gedanken zu bringen. Saudi-Arabien und Qatar aber möchten die Rebellion in Syrien in einen konfessionellen Bürgerkrieg der Sunniten gegen die regierenden Alawiten umwandeln.

Aufgrund seiner Pro-Syrien-Position konnte Mohamed Brahmi sicherlich in den Augen jener Aktivisten, die unmittelbar am Abzug der Waffe waren, als Vertreter des Bösen und Unterdrückerischen dargestellt werden. Auch wenn er innenpolitisch, jenseits seiner tatsächlich höchst fragwürdigen Haltung zum Syrienkonflikt, eher pro-demokratische und progressive Positionen einnahm. Dies könnte klären, warum die jungen Attentäter auf dem Motorrad auf den Abzug drückten. Die Frage nach den Hintermännern stellt sich jedoch auf einer anderen Ebene.

von Bernard Schmid 29.07.2013

Zähes Ringen

In Tunesien kämpfen Frauen für den Erhalt feministischer Errungenschaften

»Zu Beginn der Unabhängigkeit war die größte und zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit der Status der Frauen. Obwohl ich in einem intellektuellen Milieu aufwuchs, habe auch ich voller Wut darunter gelitten. Etwa, als ich mit Beginn der Pubertät die Schule verlassen musste, während zugleich alles getan wurde, um meinen Brüdern das Studium zu ermöglichen; oder als man mich zwang, das Kopftuch zu tragen und ich von den politischen Diskussionen in unserem Haus ausgeschlossen wurde ...« In ihrem 1994 erschienenen Buch »Parole de Femme« erinnert die Schriftstellerin Radhia Haddad an das 1956 vergangene koloniale Tunesien. Rund 15 Jahre lang sollte sie nach der Unabhängigkeit die Partei Union Nationale des Femmes de Tunisie leiten und dabei so manch Nerven aufreibende Diskussion mit dem ersten Staatspräsidenten Habib Bourguiba führen.

Bis heute ist das Verhältnis der feministischen Bewegung zum sozialistischen Patriarchen ambivalent. Bourguiba initiierte 1956 das tunesische Personenstandsrecht – »ein Gesetz, um das die tunesische Frau in der arabischen Welt beneidet wurde«, betont Fathia Hizem von der Association des Femmes Démocrates. Denn der Code du Statut Personnel beinhaltete unter anderem das Verbot der Polygamie, das Recht auf freie Partnerwahl und ein zivilgerichtliches Ehe- und Scheidungsrecht. Damit war Tunesien das erste arabische Land, das die Gleichstellung der Geschlechter in der Verfassung festschrieb.

Zeichen der Modernität

Zwar wurde damals die traditionelle Familienstruktur mit dem Mann als Oberhaupt und Ernährer nicht gänzlich aufgehoben. Doch folgten in den 1960er und 70er Jahren weitere Gesetze, die unter anderem den Mutterschutz stärkten, eine kostenfreie Abgabe von Verhütungsmitteln oder die Möglichkeit zur Abtreibung in jeder Klinik des Landes vorsahen. Die deutsche Familienpolitik sollte da noch Jahrzehnte für ähnlich progressive Gesetze brauchen. Bourguiba pries die Erfolge seines Staatsfeminismus als Zeichen für Tunesiens Modernität. Sein diktatorischer Kontrollwahn brachte die sozialen Bewegungen jedoch beinahe zum Erliegen.

Tunesierinnen: Ja zur Revolution - Nein zum Rückschritt

Es war Bourguibas Nachfolger, Zine Ben Ali, der 1989 mit großem Zeremoniell und Ordensverleihungen jenen Frauen Anerkennung zollte, die für die Unabhängigkeit des Landes gekämpft hatten. Sie zählen zu der ersten Welle des tunesischen Feminismus, der sich aus dem Wandel im Prozess der Unabhängigkeit entwickelt hatte. Eine zweite Welle wurde von jungen Frauen jener ersten Generation initiiert, die von der neuen Verfassung mit ihrer Garantie auf Bildung und Arbeit profitiert hatte. Im Zuge der Studentenproteste Ende der 1960er Jahre bildeten sich an den Universitäten auch feministische Kreise, um Freiräume für ihre Anliegen zu schaffen, die im chauvinistischen

Sumpf linker Gewerkschafts- und Politikgruppen kaum Gehör fanden.

Um für Frauen den Zugang zum öffentlichen Raum weiter zu öffnen, gründeten die Feministinnen inmitten der Medina von Tunis das Kulturzentrum »Tahar Haddad«. Sein Namensgeber, ein Reformist, hatte bereits in den 1930er Jahren zur rechtlichen Gleichstellung aufgerufen und den Kopftuchzwang kritisiert. Aus den Diskussionen um den allgegenwärtigen Sexismus folgten 1989 die Gründungen zweier bis heute wichtigen Organisationen des institutionalisierten Feminismus: Die aktionsorientierte Association Tunisienne des Femmes Démocrates sowie die an Bildung ausgerichtete Association des Femmes Tunisiennes pour la Recherche et le Développement. Neben der Errichtung von Frauenhäusern sind ihnen auch erste Studien zu verdanken, die über die weit verbreitete häusliche Gewalt oder sexuelle Belästigung auf der Straße und am Arbeitsplatz informieren.

Komplementarität oder Gleichheit?

Ihrer feministischen Tradition sind sich die TunesierInnen bewusst: »Im Hinblick auf die Rechte von Frauen sind wir fortschrittlicher als manch europäisches Land«, erklärt ein Taxifahrer, der in Tunis auf Kundschaft wartet. Neben dem 8. März wird seit den 1950er Jahren auch der Verabschiedung des Personenstandrechtes am 13. August als »Tag der tunesischen Frau« gedacht. Umso schockierender war für viele der Sieg der vorgeblich ‚moderat-islamistischen' Partei El-Nahda bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 2011. So schlug El-Nahda vor, in der neuen Verfassung von ‚Komplementarität' statt von Gleichheit der Geschlechter zu sprechen. Dank zahlreicher Proteste und landesweiter Demonstrationen am 13. August 2012 konnte dies verhindert werden. Im zähen Ringen um den Text, an dem sich sämtliche Gesetze und Paragraphen orientieren, liegt nun seit Anfang Juni der dritte Entwurf vor. Wieder erfolgte ein wütender Aufschrei von MenschenrechtsaktivistInnen, denn auch im neuen Verfassungsentwurf ist von den »Werten des Islam« und den »kulturellen Besonderheiten« Tunesiens die Rede. Unscheinbare Formulierungen, die jedoch schlimmste Interpretationen ermöglichen.

Für säkulare Feministinnen ist die politische Entwicklung nach dem Arabischen Frühling enttäuschend. Bei der Frage nach einem »islamischen Feminismus« kann Fathia Hizem nur lachen: »Den wollen uns die Westler und Amerikaner immer einreden. Wir halten das für Heuchelei. Denn wenn der ‚islamische Feminismus' die Rechte von Frauen nicht als integralen Bestand der Menschenrechte behandelt, dann ist es kein Feminismus. So wie es auch keinen moderaten Islamismus gibt.«

von Katrin Dietrich, geklaut aus: iz3w 337, Juli/Aug. 2013

links: „Für ein freies, demokratisches und fortschrittliches Tunesien", rechts: „Es lebe der Kampf der Frauen"

Ehe und Familie – der Kitt der französischen Nation

Ein Bündnis aus Katholiken bis Nazis mobilisiert gegen die Homoehe und schafft ein gewalttätiges Klima

»Das werde ich den Katholiken nie verzeihen, dass sie mich dazu bringen, für die Ehe zu demonstrieren«, dachte ich mir. Schnell einigte man sich im Freundeskreis darauf, dass wir nicht für die Ehe, sondern gegen Homophobie auf die Straße gehen. Mein Lieblingsslogan »Mieux vaut une paire de mères qu'un père de merde!« (1) stieß auf der sehr breiten Bündnisdemo Ende Januar 2013 in Paris unter dem Motto »Ja zu Ehe, zu Adoption und zum Zugang von Homos zur IVF« auf erstaunlich viel Ablehnung. (2) Meine Meinung zur Ehe hat sich im Verlauf der Debatte um die Homoehe verändert. Dabei ist nach wie vor klar: Die Ehe ist ein patriarchales Machtinstrument.

Seit 1791 als zivile und laizistische Institution eingeführt, wurde sie immer wieder reformiert und verändert - und das nicht nur zum Guten. Vor allem 1804 wurden die Rechte von Frauen maßgeblich beschnitten, z.B. das Recht auf eigenen Besitz. In der Folge haben vor allem die Frauenbewegungen immer mehr Rechte erstritten. Erst seit 1965 darf die Ehefrau auch ohne Einwilligung des Ehemannes eine Lohnarbeit annehmen, über das verdiente Geld verfügen und zum Beispiel ein eigenes Bankkonto führen.

In all diesen Gesetzesänderungen spielte die Interpretation der Ehe als einerseits Vertrag und andererseits Institution eine große Rolle. Zudem wurde, gerade was das Scheidungsrecht betrifft, immer wieder über Abstammung verhandelt: Wer kümmert sich um die Kinder, wer kommt für sie auf? Auch: Für welche Kinder muss aufgekommen werden? So wurden erst 1972 die rechtlichen Unterschiede zwischen legitimen, natürlichen und außerehelichen Kindern komplett abgeschafft. All diese Gesetze betrafen natürlich Heteros.

1791 wurde die Verfolgung von Homosexualität abgeschafft

Frankreich war das erste Land, in dem die strafgesetzliche Verfolgung von Homosexualität abgeschafft wurde (1791), und so war es auch mit dem 1999 durchgesetzten Zivilpakt eines der früheren Länder, das zumindest eine, wenn auch nicht der Ehe gleichgestellte, so doch staatlich verliehene Anerkennung homosexueller Partnerschaften institutionalisierte. Dieser sowohl Heteros als auch Homos offenstehende Pakt (PACS) wurde ebenfalls massiv von Konservativen und Religiösen bekämpft - damals demonstrierten bis zu 100 000 Menschen.

Die aktuellen Proteste haben nicht nur im Umfang gezeigt, dass die Ehe immer noch zentral für das nationale und religiöse Selbstbild ist. Der im November 2012 von Justizministerin Christiane Taubira vorgelegte Gesetzesentwurf hat zu der größten konservativen Mobilisierung der jüngeren Geschichte geführt. (3) Während Taubira, nach der der Gesetzentwurf auch benannt wurde, durch ihre Klugheit, ihre Stärke und ihren ungewöhnlichen Politikstil auffiel (ihre spontanen Rezitationen von Gedichten des Négritude-Schriftstellers Léon-Gontran Damas in der Nationalversammlung werden unvergessen bleiben), überraschten auch die Konservativen durch völlig neue Formen und die Aneignung sämtlicher Slogans, die ihnen unter die Finger kamen. So riefen sie einen »französischen Frühling« aus und nennen sich selbst die »Résistance« gegen die sozialistische Regierung, eine Bezeichnung, die stark an den Widerstand gegen die deutsche Besatzung und die französischen Nazikollaborateure gebunden ist.

Wachsende Gewaltbereitschaft und breite rechte Bündnisse

Die »Demo für alle«, die sich gegen die »Ehe für alle« wendet, mobilisierte mithilfe der Kirche seit dem 17. November 2012 immer wieder über soziale Netz-

werke wie Facebook und Twitter ein riesiges Bündnis von KatholikInnen, Konservativen und FaschistInnen. Die Demos wurden von Performances begleitet, Schablonen wurden gesprüht (»Wir wollen Biokinder«), man gab sich modern und selbstironisch. So versuchte z.B. die Komikerin und Kolumnistin Frigide Barjot mit ihren Auftritten, den Konservatismus gerade für junge Menschen cool und chic zu machen. Ein Konzept, das aufgegangen zu sein scheint. Neben eher peinlichen und maskulinistischen Aktionen, etwa der sogenannten Homen-Männer, die - von Femen inspiriert - »oben ohne« gegen die Homoehe protestieren, fiel vor allem die Gewaltbereitschaft auf. Insbesondere die massive Präsenz von NeofaschistInnen führte immer wieder zu heftigen Konfrontationen mit sowohl GegendemonstrantInnen als auch mit der Polizei.

Die Medien betonten zwar, dass es sich nur um Randgruppen handele, wohingegen die restlichen DemonstrantInnen lediglich besorgte KatholikInnen seien. Doch man wartet bis heute auf eine Distanzierung der OrganisatorInnen von der faschistisch, rassistisch, islamfeindlichen »Génération identitaire«, die, wenn sie nicht mit KatholikInnen demonstriert, auch schon mal muslimische Restaurants mit Schweinemasken stürmt. Auch die offiziell aufgeführten DemonstrationspartnerInnen lassen vermuten, warum man auf eine solche Distanzierung lange warten kann. Neben SOS-Papa-Antifeministen, die sich für Väter nach Scheidungen starkmachen, über genderfeindliche »neue europäische Feministinnen« und den »Plus gay sans mariage« (Homos, die schwuler oder glücklicher ohne Ehe sind,) finden sich vor allem viele katholische und konservative Kinderrechtsorganisationen.

Ehe und Familie als Kern von Nation und Staat

Damit wären wir bei den inhaltlichen Grundpfeilern der Bewegung: Den Vorwurf, homophob zu sein, weisen sie stark von sich und geben an, die Kinder verteidigen zu müssen, denen es nicht zuzumuten sei, ohne einen Vater oder eine Mutter aufzuwachsen. Das Emblem der Demos zeigt dann auch, wie eine Familie auszusehen hat: Vater, Mutter, Sohn und Tochter. Das zweite inhaltliche Standbein der Bewegung ist der Hass auf die sogenannten Gendertheorien, die nicht nur drohen würden, den Kindern schon in der Schule einzureden, sie könnten sich ihr Geschlecht womöglich selbst aussuchen. (4) Schlimmer noch: Mit dieser Ideologie sei letztlich über die Infragestellung des Universalcharakters der sexuellen Differenz (alle würden schließlich von einem Mann und einer Frau geboren werden) die gesamte westliche Zivilisation bedroht!

Insgesamt in blau-weiß-rot oder auch babyblau-weiß-rosa gehalten, ist der nationalistische Grundton der Bewegung nicht zu übersehen, und die Sprechchöre »CRS nach Barbès«, »Frankreich den Franzosen» und »Taubira ins Gulag« ließen auch nicht auf sich warten. (5) Dabei springt die Verlogenheit des Nationalfetischs »Laizität« hier besonders ins Auge - immerhin ist es die katholische Kirche, die massiv mobilisiert.

Am 17. Mai 2013 wurde das Gesetz verabschiedet und die ersten Ehen wurden bereits geschlossen. Doch die Demonstrationen gehen nicht nur weiter - so wurde am 26. Mai 2013 zahlenstark und gewalttätig demonstriert - die Aktionen haben sich auch radikalisiert. Kann man den inszenierten Selbstmord des reaktionären Dominique Venner am 21. Mai 2013 in der Notre-Dame-Kirche noch als durchgeknallten Einzelfall abtun, so hat nicht nur Marine Le Pen, die Vorsitzende der extrem rechten Partei Front National, diese Tat zur politischen Geste erklärt, mit dem Venner das französische Volk wachrütteln wolle. Auch online und in einzelnen Orten kam es zu Sympathiebekundungen.

Bedrohlicher als solche Aktionen ist die »normale« homophobe Gewalt. Laut Angaben von SOS-Homophobie haben sich die homophoben Angriffe in 2012 im Vergleich zu 2011 verdreifacht. Die Stimmung ist auch nach der Gesetzesverabschiedung aufgeheizt und bedrohlich. Am 4. Juni wurde ein junges Lesbenpaar in Lille von HomoehegegnerInnen angegriffen und eine von beiden krankenhausreif geprügelt. Am 5. Juni ist der 18-jährige Clément Méric von Neonazis in Paris zu Tode geprügelt worden. Am 6. Juni wurde eine junge Frau mit Kopftuch in Argenteuil von Neonazis mit einem Messer angegriffen und verletzt worden.

Zurecht führen viele den »Erfolg« der Bewegung darauf zurück, dass Konservative die Debatte nutzten, um ihrem Frust über die sozialistische Regierung Ausdruck zu verleihen. In der Tat kommt es in Deutschland nicht zu vergleichbaren Demonstrationen, weil die konservative Regierung hier einfach jeden Gesetzesentwurf der Opposition gelassen vom Tisch wischt. Doch reicht diese Erklärung nicht aus, da Hollande mit seiner rassistischen Anti-Roma-Politik und dem Mali-Krieg eigentlich aus konservativer Sicht kaum etwas zu wünschen übrig lässt.

Auch queere Kinder sind Opfer von Normalisierung

Auf einer größeren politischen Ebene wird in dem KatholikInnen-Nazi-Bündnis konsequent weitergeführt, was mit der Debatte über nationale Identität unter Sarkozy 2009 angefangen hatte. Frankreich wird als katholischer, pseudolaizistischer Staat gegen alle »Anderen« definiert, die ihn durch ihre bloße Existenz infrage stellen. Und daher die Gewalt: Es geht hier nicht darum, den Einschluss einer integrationswilligen Gruppe in die Ehe zu verhindern. Die DemonstrantInnen selbst beschwören den nahenden Zerfall der Zivilisation über Homoehe und Gendertheorie. Damit wird die Ehe zum Symbol der Verteidigung der Nation.

Die faktische Existenz queerer Familien sowie die reale Disfunktionalität von Heterofamilien (hohe Scheidungsraten, 1,5 Mio. alleinerziehende Mütter, von denen die Hälfte in Armut leben) finden in der rosa-blauen Welt der »Manif pour tous« keine Erwähnung. Die konkrete Konzentration der Bewegung auf das Beschützen der Kinder muss nach den endlosen Missbrauchsskandalen der letzten Jahre auch als eine katholische Imagekampagne gesehen werden. Umso verlogener die Parole »Ein Vater, eine Mutter, man lügt Kinder nicht an!«

Wenn sich auch die Mehrheit der Französinnen und Franzosen in Umfragen

für die »Ehe für alle« ausgesprochen hat, so bewerteten die Befragten die PMA stark gegenteilig. Dieser Teil des ursprünglichen Gesetzesentwurfes ist schnell zurückgezogen worden und die Zukunft dieser Forderung nicht absehbar. In der Tageszeitung Libération wies die Queertheoretikerin Beatriz Preciado unter dem Titel »Wer verteidigt das queere Kind« darauf hin, dass die öffentliche Debatte in Frankreich Kinder zu Unrecht immer als hetero darstelle. Die homophobe Gewalt, die viele queere Kinder und Jugendliche von ihren Heteroeltern erfahren, bleibe dabei ungedacht. Dieses Argument und den gewaltvollen Einfluss, den Heteroeltern auf queeres Leben auch in der Folge haben können, wenn alternative Beziehungen nicht rechtlich anerkannt werden, haben meine Einstellung zur Ehe verändert. Eigentlich ist es wie mit den Papieren: entweder für alle oder für niemand.

Cornelia Möser - ak 584

Anmerkungen

1) Deutsch: »Besser zwei Mütter als einen Scheiß-Vater!«

2) In vitro Fertilisation (Befruchtung im Glas) auf Französisch PMA genannt (procréation médicalement assistée).

3) Ein anderer Gesetzentwurf der SozialistInnen für die Homoehe war im Juni 2011 bereits abgelehnt worden.

4) Eine Schulbuchreform sah kürzlich vor, die Geschlecht betreffenden Informationen in Schulbüchern dem aktuellen Forschungsstand anzupassen, worauf einige konservative PolitikerInnen beantragten, Genderforschung als politische Sekte zu verfolgen.

5) Compagnies Républicaines de Sécurité (CRS; franz. für Sicherheitskompanien der Republik) sind die »Riotcops« und Barbès gilt als Stadtteil mit einem hohen Anteil an MigrantInnen.

September 2013

Fr.	6.9.	22:00	Fat Hoschi: Feel the Darkness
Sa.	7.9.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
Mi.	11.9.	21:00	Fat Hoschi Konzert
Fr.	13.9.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	14.9.	22:00	Antifa-Soli-Party
Sa.	21.9.	22:00	MÄNNERfabrik
Di.	24.9.	22:00	Crush Hour Concerts: Klaus Legal & MIM
Sa.	28.9.	23:00	Rosa Disco

Oktober 2013

Fr.	4.10.	22:00	Mash Up Di Place
Sa.	5.10.	22:00	Homophilias
Di.	15.10.	19:30	Veranstaltung mit Karl-Heinz Roth zur Krise in Griechenland
Fr.	18.10.	21:00	Punker-Platz-Soli-Konzert
Sa.	19.10.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	25.10.	23:00	Bulli-Soli-Party
Sa.	26.10.	23:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo	20:30	Antifa-Café
Mi	20:00	Theatergruppe
Do	18:00	Action Samba Band, RoR
Do	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi	20:00	FLIT-Kneipe
3. Mi	21:00	Punkkneipe
2. Fr	20:30	Nutzer_innenplenum

Infoladen Roter Strumpf

Mo	17 – 19	Di	16 – 19
Do	18 – 21	Fr	16 – 19